



TEAM UP!

Außerschulische politische Jugendbildung
in Kooperation mit Schule

INHALT

ÜBER UNS.....	05
TEAM UP! – AUSSERSCHULISCHE POLITISCHE JUGENDBILDUNG IN KOOPERATION MIT SCHULE	07
KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER POLITISCHEN JUGENDBILDUNG UND SCHULE – CHANCEN EINER PROFESSIONSÜBERGREIFENDEN ZUSAMMENARBEIT	09
NEUN VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE GELINGENDE KOOPERATION DER AUSSERSCHULISCHEN POLITISCHEN BILDUNG UND SCHULE	12
EIN BLICK IN DIE PRAXIS.....	16
Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e. V. (AKSB)	16
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)	17
Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e. V. (BAK AL).....	18
Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. (DVV)	20
Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute e. V. (AG OWI)	21
Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et).....	23
EVANGELISCHE TRÄGERGRUPPE FÜR GESELLSCHAFTSPOLITISCHE JUGENDBILDUNG (ET)	25
Im Gespräch mit Prof. Alexander Wohnig (Universität Siegen)	26
Im Gespräch mit Dr. Helle Becker (Transfer für Bildung e. V.).....	28
NACHGEFRAGT: INTERVIEW MIT LEHRKRÄFTEN UND FACHKRÄFTEN DER POLITISCHEN BILDNER*INNEN.....	30
POLITISCHE BILDUNG IN DER GRUNDSCHULE - CHANCEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG IM PRIMARBEREICH DURCH DEN RECHTSANSPRUCH AUF GANZTAGSBETREUUNG.....	32
POLITISCHE BILDUNG IN BERUFSSCHULEN	34
PRAXISERFAHRUNGEN MIT DEM KOOPERATIONSDREIECK SCHULE – POLITISCHE BILDUNG – JUGENDSOZIALARBEIT IM PROGRAMM „JMD RESPEKT COACHES“	36
BEISPIELE AUS DEM PROGRAMM „RESPEKT COACHES“ IM KOOPERATIONSDREIECK SCHULE – JUGENDSOZIALARBEIT – POLITISCHE BILDUNG	38
Praxisbeispiel DVV – Planspiel „zusammenleben.zusammenhalten“	38
Praxisbeispiel AKSB – Gender, Rap und Graffiti – Zielgruppenorientierte Präventionsarbeit im Programm Respekt Coaches	39
TRÄGER DER POLITISCHEN JUGENDBILDUNG IN DER GEMINI.....	40
IMPRESSUM.....	42

GEMINI

ÜBER UNS

In der GEMINI haben sich die bundesweit organisierten Träger politischer Jugendbildung zusammengeschlossen. Gemeinsam vertreten sie ca. 1.750 Einrichtungen – Bildungsstätten, Akademien, Vereine und Volkshochschulen auf örtlicher, regionaler und Bundesebene – oder kooperieren mit Ansätzen aufsuchender Bildungsarbeit mit Projektpartner*innen vor Ort.

Als in der GEMINI kooperierende Träger sehen wir es als gemeinsame Aufgabe an, das Interesse von Kindern und Jugendlichen an der Mitgestaltung ihrer eigenen Lebenswelt und des Gemeinwesens zu wecken und ihre Partizipationsfähigkeiten zu fördern. Der Zusammenschluss garantiert eine gemeinsame Plattform für den fachlichen Austausch, die Qualitätssicherung sowie die Weiterentwicklung von Konzepten und die Interessensvertretung. Wir vertreten die Anliegen politischer Jugendbildung gegenüber Politik, Ministerien, Behörden und weiteren Förderern. Wir organisieren zudem einen fachlichen Austausch, wirken in bundesweiten Initiativen mit und engagieren uns für eine Professionalisierung politischer Jugendbildung.

Da wir für eine lebendige Demokratie und aktive Bürgergesellschaft eintreten, sind Demokratie und Beteiligung zentrale Pfeiler unserer Arbeit. Auch Themen wie die Übergangphase zwischen Schule und Beruf, Digitalisierung, Flucht und Migration sowie Gender und Diversity sowie Ansätze der interkulturellen und historisch-politischen Bildung prägen unser Angebotsspektrum.

7

SIEBEN VERBÄNDE SIND AKTUELL IN DER GEMINI AKTIV:

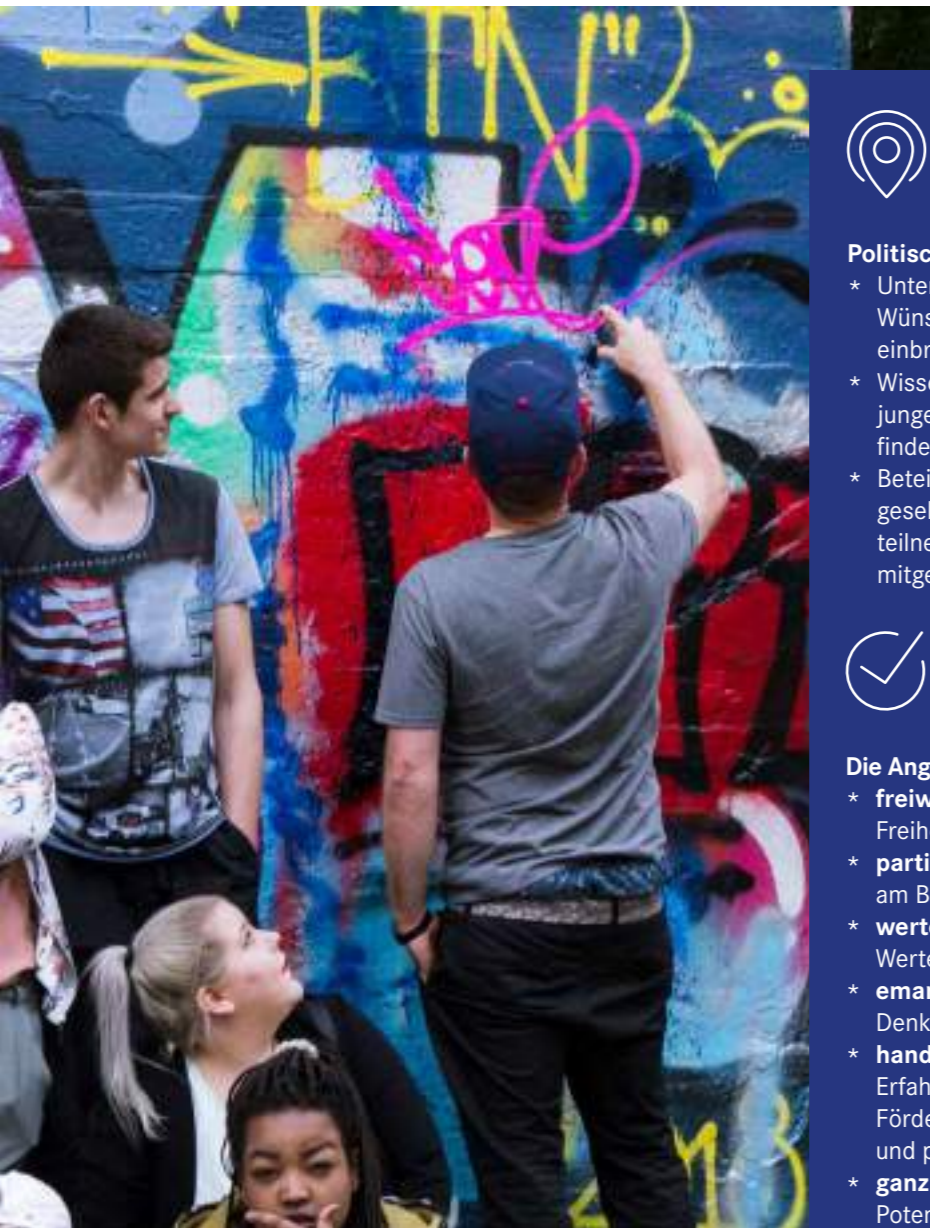
- * Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
- * Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V.
- * Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e. V.
- * Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute e.V.
- * Deutscher Volkshochschul-Verband e. V.
- * Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung
- * Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e. V.

Die GEMINI ist eine Arbeitsgruppe im Bundesausschuss Politische Bildung (bap e.V.)
www.bap-politischebildung.de

POLITISCHE JUGENDBILDUNG

STÄRKT DEMOKRATIE

Unsere Gesellschaft braucht junge Menschen, die ihre Anliegen aktiv einbringen und Verantwortung übernehmen. Denn die parlamentarische Demokratie steht aktuell vor vielfältigen Herausforderungen, wie Klimawandel, Rechtspopulismus, Digitalisierung, und einer globalen Pandemie. Gerade in dieser Zeit vermittelt politische Jugendbildung Wissen und Kompetenzen für demokratische Teilhabe. Sie schafft Räume, in denen sich Jugendliche über ihre Visionen für eine Zukunft austauschen und demokratische Aushandlungsprozesse erfahren können. Sie zeigt Wege auf, sich einzubringen und aktiv zu werden.



ZIELE

Politische Jugendbildung will

- * Unterstützung geben, damit junge Menschen ihre Wünsche, Ideen und Interessen entfalten und einbringen können,
- * Wissen vermitteln und Orientierung bieten, damit junge Menschen ihren Platz in der Gesellschaft finden,
- * Beteiligung fördern, damit junge Menschen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilnehmen und die demokratische Gesellschaft mitgestalten.



PRINZIPIEN

Die Angebote der politischen Jugendbildung sind

- * **freiwillig** – sie basieren auf Selbstbildung, Freiheit und Offenheit
- * **partizipativ** – sie beteiligen junge Menschen am Bildungsprozess
- * **wertorientiert** – sie vermitteln demokratische Werte
- * **emanzipativ** – sie regen zu eigenständigem Denken und selbstbestimmtem Handeln an
- * **handlungsorientiert** – sie schaffen Lern- und Erfahrungsorte für Selbstwirksamkeit und die Förderung von gesellschaftlichem Engagement und politischer Teilhabe
- * **ganzheitlich** – sie bauen auf Ressourcen und Potenzialen Jugendlicher auf



TEAM UP!

AUSSERSCHULISCHE POLITISCHE JUGENDBILDUNG IN KOOPERATION MIT SCHULE

Die Erfahrungen am Bildungsort Schule prägen in erheblichem Ausmaß die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Dies verstärkte sich bereits mit der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte und hat durch den Ausbau der Ganztagschule in den letzten Jahren noch an Relevanz gewonnen. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Zeit, die Kinder- und Jugendliche in Schulen verbringen, wird es immer wichtiger, die Kooperation mit Schulen als institutionelles Setting auch für eine erfolgreiche und wirkungsvolle Gestaltung der Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung zu nutzen. Kooperationen zwischen Trägern außerschulischer politischer Bildung und Schule sind seit vielen Jahren etabliert. Weit über die Hälfte der Teilnehmenden an außerschulischen Angeboten politischer Bildung sind Schüler*innen, Schulen gehören bereits seit vielen Jahren zu den wichtigsten Kooperationspartnern der Träger politischer Jugendbildung (Schröder 2004).

Die Träger der GEMINI setzen sich in den Beiträgen dieses Hefts damit auseinander, welche Themen und Herausforderungen die politische Jugendbildung mit Blick auf die Kooperation mit Schule aktuell bewegen. Sie fragen nach dem spezifischen Beitrag, den politische Jugendbildung in diesem Kooperationssetting in Bezug auf verschiedene Schulformen von der Grundschule bis zur Berufsschule leisten kann. Ein Blick in die Praxis der außerschulischen politischen Jugendbildung in Kooperation mit Schule verdeutlicht die Vielseitigkeit des Arbeits-

feldes, seine Ansätze, Methoden und Potenziale. Eine Analyse der Praxis aus Sicht der schulischen und außerschulischen Partner*innen reflektiert die Chancen und Gelingensbedingungen der Zusammenarbeit, aber auch die Schwierigkeiten und aktuellen Herausforderungen in diesem Kooperationsverhältnis. Es kommen Wissenschaftler*innen zu Wort, die sich in ihrer Arbeit mit dem Kooperationsverhältnis Schule und Außerschulische politische Bildung beschäftigen.

Diese Bestandsaufnahme geschieht vor dem Hintergrund großer gesellschaftlicher Herausforderungen für die repräsentative Demokratie. Ein Bedarf an politischer Bildung wird meist erst in dringlicher Weise thematisiert, wenn demokratische Gesellschaften durch krisenhafte Entwicklungen und (globale) Problemlagen verunsichert, herausgefordert oder auch bedroht werden. Klimawandel, der erstarkende Rechtspopulismus, Flucht und Migration und die Gestaltung der Digitalisierung sind nur einige Themen, die Jugendliche direkt in ihrem Alltag betreffen und eine Haltung und einen Umgang von ihnen erfordern. Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie das Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einschneidend verändert.

Zugleich sind Fachkräfte der politischen Bildung an schulischen wie außerschulischen Bildungsorten herausgefordert, sich ihres fachlichen Selbstverständnisses zu vergewissern und dieses selbstbewusst zu vertreten.

Beispielhaft sei hier die Debatte um ein vermeintliches Neutralitätsgebot der politischen Bildung, Fragen nach der Neuinterpretation des Beutelsbacher Konsenses und sogenannte Meldeportale für Lehrkräfte im Internet zu nennen, die in jüngster Zeit vor allem als Instrument gegen die Disziplin der politischen Bildung missbraucht wird. Diese Entwicklungen beschäftigen schulische und außerschulische Partner*innen der politischen Bildung gleichermaßen und rufen nach einer professionellen Selbstvergewisserung, der Entwicklung gemeinsamer Handlungsoptionen und damit einer Stärkung der fachlichen Kooperation schulischer und außerschulischer Bildung.

Daher möchten die Träger der politischen Jugendbildung in der GEMINI in diesem Heft einen Einblick in das Kooperationsverhältnis und die darin begründeten aktuellen Debatten aus Sicht der politischen Jugendbildung bieten. Es richtet sich an die Fachöffentlichkeit in Praxis

und Wissenschaft, an Fachpolitiker*innen und Förder*innen, an Praktiker*innen der politischen Bildung und der Jugend(sozial)arbeit sowie an interessierte Schulleitungen und Lehrkräfte. Die Beiträge sollen zu einer diskursiven Auseinandersetzung darüber anregen, wie die politische Bildung mit Blick auf das Kooperationsverhältnis Schule – Außerschulische politische Bildung aktuell gestärkt werden muss, um Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, Selbstpositionierung und politischen Urteilsfähigkeit zu fördern.

Literatur

Schröder, Achim; Balzter, Nadine; Schroedter, Thomas (2004): Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand: Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation. Weinheim & München.

Auseinandersetzung darüber anregen, wie die politische Bildung mit Blick auf das Kooperationsverhältnis Schule und außerschulische politische Bildung aktuell gestärkt werden muss...



KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER POLITISCHEN JUGENDBILDUNG UND SCHULE

CHANCEN EINER PROFESSIONSÜBERGREIFENDEN ZUSAMMENARBEIT

Außerschulische Bildungsarbeit hat ihre eigenen Logiken und Gestaltungsprinzipien. Teilnehmer*innenorientierung und Lebensweltbezug, Stärken- und Werteorientierung sowie die Freiwilligkeit der Teilnahme sind zentrale Bedingungen für ihr Gelingen. Wenn Schule und außerschulische Bildungsarbeit unter diesen Bedingungen zusammenarbeiten, können sie einen komplementären Beitrag zu Bildungsprozessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen leisten. Zentrales Vermittlungsziel der außerschulischen politischen Bildungsarbeit aller Träger der GEMINI ist die Entwicklung von Mündigkeit. Demokratische Persönlichkeitsbildung in einem umfassenden Sinne setzt neben der im schulischen Kontext vorrangigen fachlichen Kompetenzvermittlung ergebnisoffene und von Leistungskontrolle unabhängige Freiräume zur eigenständigen politischen Meinungs- und Urteilsbildung voraus. Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung tragen zu einer selbstbestimmten Aneignung von demokratischen Handlungskompetenzen bei. Hierbei geht es nicht darum, ein bestimmtes sozial erwünschtes oder gar konformistisches Verhalten zu fördern. Außerschulische Bildungsangebote beschränken sich daher auch nicht auf den Auftrag der Extremismusprävention, der immer häufiger in Form von förderpolitischen Vorgaben auch an Kooperationsprojekte der außerschulischen politischen Bildung mit Schulen herangetragen wird. Im Mittelpunkt politischer Bildung steht nicht die Lösung sozialer, gesell-

schaftlicher oder politischer Probleme, sondern die Förderung und Entwicklung umfassender demokratischer Kompetenzen sowie die Ermutigung zur demokratischen Mitgestaltung ausgehend von den Interessen, den Stärken und den Problemwahrnehmungen junger Menschen.



Zentrales Vermittlungsziel der außerschulischen politischen Bildungsarbeit aller Träger der GEMINI ist die Entwicklung von Mündigkeit.

PREKÄRE ROLLE DER SCHULISCHEN POLITISCHEN BILDUNG

Nicht erst durch die Corona-Pandemie wurde die prekäre Rolle der politischen Bildung in der Schule offensichtlich. Während eine Folge der pandemiebedingten Schulschließungen eine einseitige Fokussierung auf die Kernfächer war, führte die politische Bildung in der Schule bereits vor der Corona-Pandemie eher ein Schattendasein. In einigen Bundesländern nimmt politische Bildung nicht einmal ein Prozent der Lernzeit im Unterricht ein. Gerade jüngere Schüler*innen erhalten oftmals noch gar keinen Politikunterricht (Kramer 2020). Als fächerübergreifendes Prinzip ist politische Bildung als randständig zu bezeichnen. Außerdem sind der Anteil und die Qualität des Politikunterrichts stark von der Schulform abhängig und an Gymnasien im Vergleich zu anderen Schulformen stärker vertreten (vgl. Achour / Wagner 2019). Angesichts der wachsenden (globalen) Herausforderungen und der größeren Komplexität gesellschaftspolitischer Fragestellungen, mit denen sich Kinder und Jugendliche jetzt und in Zukunft auseinandersetzen müssen, ist eine Erhöhung des Stundenkontingents für Politikunterricht in deutschen Klassenzimmern und die Möglichkeit, auch für jüngere Schüler*innen, Politikunterricht zu erhalten, dringend angezeigt. Aber auch der Ausbau der Kooperationsbeziehungen zwischen Schule und außerschulischen Trägern der politischen Bildung stellt eine Chance dar, um Kinder und Jugendlichen mehr und früher Zugänge zu politischer Bildung zu ermöglichen. Es ergeben sich für die Träger der außerschulischen Jugendbildung zahlreiche fachliche Möglichkeiten für eine aufsuchende

Jugendbildung und auch für Mitgestaltungsprozesse in dem für Jugendliche sehr prägenden Lebensraum Schule. Es ergibt sich also kein „Kooperationszwang“ aus rein institutionellen Rahmenbedingungen heraus, etwa weil sich Jugendliche nun einmal lange an diesem Lernort aufhalten, Kooperationen mit Schulen müssen sich vielmehr mit einer eigenen Fachlichkeit begründen, indem außerschulische Jugendbildung ihre Stärken in ihrer Differenz zum unterrichtlichen Lernen einbringt.



ANERKENNUNG DER SCHULISCHEN UND AUSSERSCHULISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Im Sinne der Empfehlungen der Kultusministerkonferenz versteht sich „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis“ von Bildung und Erziehung und daher ist Demokratie eine dynamische und ständige Gestaltungsaufgabe (KMK 2018). Die Länder verständigten sich zur Umsetzung und zur Weiterentwicklung ihrer Empfehlungen auf Maßnahmen, die auf eine stärkere Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Bildung abzielen. Unter diese Maßnahmen der Länder fallen beispielsweise zum einen die stärkere Beteiligung von staatlichen und kommunalen Institutionen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Expertise wie der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung sowie weiterer Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung.

Zum anderen gehört die Ermutigung der Schulaufsicht, der Schulträger und der außerschulischen Partner*innen der Schulen, auch in Regionen und Kommunen Fach- und Projekttag zur Demokratie durchzuführen, zu diesen Maßnahmen. Zudem wird die Stärkung der Schulen bei der Zusammenarbeit mit außerschulischen Unterstützungssystemen, Schaffung von Transparenz über Möglichkeiten der Prävention, Intervention und Beratung empfohlen (KMK 2018). Die prinzipielle Anerkennung der Rolle und Bedeutung der Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung ist bildungspolitisch bereits deutlich von der Kultusministerkonferenz formuliert worden.

In der Umsetzung vor Ort und hinsichtlich der strukturellen Verankerung dieses Kooperationsverhältnisses ist die Situation allerdings differenziert zu bewerten. Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Partner*innen nicht erreicht ist. Außerschulische Aktivitäten spielten in den Plänen im Umgang mit den Schulschließungen, der Umsetzung des Homeschooling und der Entwicklung und Nutzung digitaler Bildungsformate keine Rolle. Außerschulische Bildungs-

aktivitäten in Kooperation mit Schule sind in einigen Bundesländern bis zum Ende des Schuljahres 2020/2021 abgesagt. Außerschulische Bildungsaktivitäten hätten in der herausfordernden Zeit der Corona-Pandemie auch als Entlastung wahrgenommen und als Unterstützungssystem von Schulen genutzt werden können. Leider war stattdessen ein Rückzug auf die Kernfunktion Unterricht zu beobachten, der die Potenziale des non-formalen und informellen Lernens weitgehend ignorierte.

GEMEINSAME BILDUNGSVEREINBARUNGEN UND KLARE SELBSTVERSTÄNDNISSE DER JEWEILIGEN PROFESSIONEN

Dabei müssen außerschulische Träger der politischen Bildung sich ihrer fachlichen Stärken und ihrer Differenz zum Bildungsraum Schule bewusst sein und dieses Selbstverständnis aktiv in die Kooperationsbeziehung einbringen. Die außerschulische politische Jugendbildung ist sich bewusst, dass sie über ein eigenes Verständnis ihrer Bildungsziele und Konzepte politischer Bildung verfügt und dies in der Zusammenarbeit mit schulischen Partner*innen proaktiv vertreten muss, wenn sich die Kooperation nicht allein nach den systemischen Bedürfnissen von Schulen richten, sondern auch außerschulische, ergebnisoffenere Ziele der außerschulischen Bildung berücksichtigen soll. Die außerschulische politische Jugendbildung wird sich daher auch in Zukunft (noch) stärker mit ihren Prinzipien, ihren Kompetenzen und Erfahrungen in der Förderung der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen sowie ihren partizipativen und kooperativen Arbeitsweisen in die Ganztagsbildung einbringen und diese verantwortlich mitgestalten.



Literatur

Achour, Sabine; Wagner, Susanne (2019a): Wer hat, dem wird gegeben. Untersuchung zur politischen Bildung an Schulen. Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse. Berlin. Online verfügbar: <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15466.pdf>

Kramer, Bernd (2020): Zu wenig. Zu spät. In: Süddeutsche Zeitung 18. Mai 2020. Online verfügbar: <https://www.sueddeutsche.de/bildung/politik-unterricht-schule-studie-1.4910939>

KMK = Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6.3.2009 i. d. F. vom 11.10.2018. Online verfügbar: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Be-schluss_Demokratieerziehung.pdf

Hufer, Klaus-Peter (2013): Politische Bildung und der Kern des Politischen: Elf Thesen zu einem schwierigen Verhältnis. In: Hufer, Klaus-Peter et al. (Hrsg.): Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 89–99

9 NEUN VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE GELINGENDE KOOPERATION DER AUSSERSCHULISCHEN POLITISCHEN BILDUNG UND SCHULE

Die Träger der politischen Jugendbildung in der GEMINI sind seit vielen Jahren in vielfältige Kooperationsprojekte mit schulischen Partner*innen eingebunden. Gemeinsam setzen sie sich auf diese Weise auch für eine Stärkung der politischen Bildung im Kontext von Schule ein und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Demokratiebildung an und mit Schulen. Die GEMINI nennt neun fachliche, strukturelle und förderpolitische Voraussetzungen, die zu einem gelingenden Kooperationsverhältnis zwischen schulischen und außerschulischen Partner*innen der politischen Jugendbildung bei-

tragen und es aus Sicht der politischen Jugendbildung zukunftsfähig machen. Die schulischen und außerschulischen Partner*innen (Fachkräfte, Schulleitungen, Schulträger), aber auch politische Institutionen auf lokaler und regionaler Ebene wie Schulbehörden und Kultusministerien sowie bundesweite Instrumente wie der Kinder- und Jugendplan des Bundes oder Förderprogramme der öffentlichen Hand können diese Voraussetzungen für eine gelingende Verbindung zwischen schulischen und außerschulischen Angeboten der politischen Jugendbildung schaffen.

1. KOOPERATIONEN BRAUCHEN AUSSERSCHULISCHE LERNORTE

Gelingende Kooperationen setzen die Öffnung von Schulen in die Region und den Sozialraum im Sinne von lokalen Bildungslandschaften voraus. Politische Bildung muss Teil aller Räume werden, die für die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen relevant sind. Auch wenn außerunterrichtliche Angebote (in Form von Projekttagen, Workshops usw.) der politischen Bildung bereits an vielen Schulen etabliert sind, so finden sie nach wie vor häufig in der Schule oder in räumlicher Nähe des Schulgebäudes statt. Auch außerunterrichtliche Angebote der

Träger der politischen Jugendbildung werden von den jugendlichen Teilnehmenden je nach Setting schneller mit einem schulischen Angebot gleichgesetzt und als solches erfahren, wenn es in der Schule stattfindet. Zu einem ganzheitlichen Ansatz für die gelingende Kooperation zwischen Schule und non-formaler politischer Jugendbildung gehören die außerschulischen Lernorte wie Bildungsstätten, Betriebe, Jugendzentren, Gedenkstätten, Stadtteil- und Quartierszentren oder auch der digitale Raum.

2. DIFFERENZEN ZWISCHEN SCHULE UND AUSSERSCHULISCHER BILDUNG ALS STÄRKEN ANERKENNEN UND NUTZEN

Gelingende Kooperationen zwischen den schulischen und außerschulischen Partner*innen setzt eine wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Bedürfnisse und Stärken voraus. Diese Stärken sollten Ausgangspunkt der Kooperation sein und nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen. Außerschulische Kooperationen erfordern von Schulen einen nicht unerheblichen organisatorischen Aufwand: Zeitrahmen müssen angepasst, Räume gefunden oder außerschulische Räume aufgesucht, Klassenverbände untereinander gemischt und Lehrpläne sowie Leistungserhebungen außen vor gelassen werden. Außerschulische politische Jugendbildung kann dann ihre Stärken einbringen, wenn sie ihre Gestaltungsprinzipien wie Freiwilligkeit, Partizipation,

Ergebnisoffenheit sowie Stärken- und Interessensorientierung in das Kooperationsverhältnis einbringen kann. Werden außerschulische Kooperationspartner*innen gedrängt, sich zu sehr in das System Schule einzupassen und vor allem nach den Bedürfnissen der schulischen Partner*innen auszurichten, können diese spezifischen Stärken außerschulischer politischer Bildung nicht zur Geltung kommen.

3. FREIE THEMEN- UND PROJEKTWAHL IN DER POLITISCHEN BILDUNG AN SCHULEN

Die Themen in außerschulischen Bildungsk Kooperationen sollten an den Interessen der Schüler*innen anknüpfen und von den außerschulischen Partner*innen gemeinsam mit den Jugendlichen entwickelt werden. Dazu gehört eine möglichst freie Themen- und Projektwahl, aber auch ein Mitspracherecht der Kinder und Jugendlichen über die Orte, an denen das Bildungsangebot stattfinden soll, darüber, wie aus ihrer Sicht eine gute Gesprächsatmosphäre geschaffen werden kann und ob beispielsweise Lehrkräfte daran teilnehmen sollen. Die Jugendlichen entscheiden, was und wie viel sie von sich einbringen wollen. Diese Entwicklung braucht Zeit und Freiräume. In

einmaligen Kooperationsprojekten lässt sich dieser Prozess gemeinsam mit Jugendlichen nur schwer umsetzen. Dies spricht für längerfristig angelegte Kooperationsprojekte. Im Falle kurzfristiger und einmaliger Kooperationsprojekte ist ein etabliertes und vertrauensvolles Verhältnis auf Augenhöhe zwischen Lehrkraft und außerschulischer Fachkraft umso wichtiger, da es andernfalls leicht passieren kann, dass außerschulische Träger eher eine Dienstleisterfunktion für die Schule, anstatt einer anwaltschaftlichen Vertreter*innenrolle für die Interessen und Bedarfe der Schüler*innen übernehmen.

4. GLEICHBERECHTIGTE ZUSAMMENARBEIT DURCH DIE EINHALTUNG DER KRITERIEN UND GESTALTUNGSPRINZIPIEN FÜR AUSSERSCHULISCHE JUGENDBILDUNG

Die Zusammenarbeit zwischen schulischen und außerschulischen Partner*innen gelingt, wenn außerschulische Partner*innen ihre konzeptionellen Spezifika in das Kooperationsverhältnis einbringen können. In diesem Zusammenhang stellt sich in konzeptioneller und in förderrechtlicher Perspektive die Frage nach der Eigenständigkeit und der Vernetzung der außerschulischen Jugendbildung, denn „Maßnahmen, die nach Inhalt, Methodik und Struktur überwiegend schulischen Zwecken ... dienen“, können nicht aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans gefördert werden. Um eine Abgrenzung zwischen schulischen Zwecken und einer eigenständigen außerschulischen politischen Jugendbildung vornehmen zu können, hat die GEMINI diese Handlungsprinzipien mit

Freiwilligkeit, Teilnehmer*innenorientierung und Lebensweltbezug, Stärken- und Werteorientierung für die außerschulische politische Jugendbildung näher beschrieben. Hinzu kommen konkrete Voraussetzungen für die Umsetzung von Kooperationsprojekten an Schulen, wie beispielsweise alters- und klassengemischte Gruppen, außerunterrichtliche und außerschulische Bildungsettings oder die Abwesenheit jeglicher Leistungskontrolle und Benotung.



5.

LANGFRISTIGE KOOPERATIONEN ERHÖHEN DIE WIRKUNG

Die Kooperation mit Trägern der außerschulischen politischen Jugendbildung muss an Schulen strukturell in Kooperationskonzepten verankert werden. Dazu gehört auch, dass eine Infrastruktur außerschulischer Angebote der politischen Bildung vor Ort vorhanden und den schulischen Partner*innen bekannt ist. An Schulen sind Kooperationen mit Trägern der politischen Bildung sehr selten strukturell vorgesehen. Sie finden eher kurzfristig und abhängig von dem etablierten Arbeitsverhältnis zwischen Lehrkraft und der außerschulischen Fachkraft in Form von einmaligen Angeboten wie Workshops,

Exkursionen oder Projektwochen statt. Ohne strukturelle Verankerung bleiben die Kooperationen abhängig von dem Engagement einzelner Personen. In langfristig aufgestellten und über Jahre gewachsenen Kooperationen kennen sich die Kooperationspartner*innen auch auf struktureller Ebene gut und können die je eigenen Stärken und Konzepte gewinnbringender nutzen und daher mehr Wirkung für Kinder und Jugendliche, aber auch für die Schule und die Bildungsträger insgesamt entfalten, als dies kurze und einmalige Kooperationsprojekte vermögen.

6.

KOMMUNIKATION UND VERNETZUNG STÄRKEN

Gelingende Kooperationen setzen die fachliche Auseinandersetzung und Vorabsprachen über die Ziele und die jeweiligen Konzepte politischer Bildung voraus. Die Professionen der schulischen und der non-formalen politischen Bildung unterscheiden sich in ihrem Selbstverständnis, ihren Zielen, Ansätzen und Methoden. Zudem sind die Professionen in verschiedene Bezugssysteme eingebunden und anderen Zwängen ausgesetzt. Ein gegenseitiges Verständnis dieser Unterschiede kann nicht automatisch vorausgesetzt werden. Die gegenseitige Kenntnisnahme der jeweiligen Professionsverständnisse (Lehrkräfte und außerschulische politische Bildung) und der Eigenlogiken der jeweiligen Bildungsräume sind daher eine wichtige Gelingensbedingung für die Kooperation. Dieses gegenseitige Verständnis sollte eine fachliche Tiefe aufweisen

und über rein organisatorische Absprachen (zum Beispiel zu Freistellung, Unterrichtsstruktur, Räumlichkeiten) hinausreichen. Interdisziplinäre Kommunikationsnetzwerke zwischen den Lehrkräften und den außerschulischen Fachkräften der politischen Jugendbildung müssen auch außerhalb der konkreten Kooperationsvorhaben etabliert sein. Während diese Kommunikation und Vernetzung auf Bundesebene durch verschiedene Fachbezüge, gemeinsame Konferenzen und Fachzeitschriften bereits vorhanden sind, fehlen diese Netzwerke oftmals vor Ort. Ihre Einrichtung und Stärkung ist eine wichtige Voraussetzung für funktionierende lokale Bildungslandschaften. Diese Stärkung der Kommunikation und Vernetzung muss politisch gewollt, strukturell verankert und förderpolitisch ermöglicht werden.

7.

STRUKTURELLE ANERKENNUNG UND UNTERSTÜTZUNG AUSSERSCHULISCHER BILDUNGSANGEBOTE

In regionalen und lokalen Bildungslandschaften müssen außerschulische Angebote der politischen Bildung strukturell als gleichwertige Bildungspartner*innen anerkannt und unterstützt werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass außerschulische Angebote der politischen Bildung von Schulen, Schulbehörden, Schulverwaltungs- und Jugendämtern sowie von Kultusministerien häufig als verzichtbares Zusatzangebot angesehen werden. Während der Zeit der Schulschließungen und darüber hinaus hat dies zu einem Rückzug der schulischen Partner*innen aus allen Kooperationsprojekten teilweise bis zum Ende des kommenden Schuljahres geführt. Dies kommt einem Shutdown der außerschulischen politischen Bildung in Kooperation mit Schule gleich. Politische Jugendbildung kann ihren wichtigen und gewachsenen Aufgaben in Zeiten großer Unsicherheit und gesellschaftspolitischer Umbrüche damit nicht vollständig nachkommen. Potenziale der verstärkten Kooperation in Zeiten des Lernens auf Distanz durch die vielfältigen digitalen Angebote

der politischen Bildung bleiben ungenutzt. Eine etablierte gleichberechtigte Zusammenarbeit kann zwischen Schule und außerschulischen Partner*innen nur funktionieren, wenn diese Zusammenarbeit krisenfest angelegt ist und im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auch in Krisenzeiten strukturell in Bildungslandschaften verankert bleibt.

*Mitbestimmung von Schüler*innen in Unterricht und Schulleben sind wichtige Voraussetzungen für gelingende politische Bildung am Lernort Schule*



8.

DEMOKRATISCHE SCHULENTWICKLUNG UNTERSTÜTZT GELINGENDE POLITISCHE BILDUNG IN SCHULEN

Demokratische Schulentwicklung ist eine langfristige Aufgabe von allen Akteur*innen, die in der Schule tätig sind. Die Einbindung und Mitbestimmung von Schüler*innen in allen Bereichen des Unterrichts und des Schullebens sind wichtige Voraussetzungen für gelingende politische Bildung am Lernort Schule. Umgekehrt bleibt der Einfluss außerschulischer politischer Bildungsangebote an Schulen gering, wenn die Schüler*innen in ihrem Schulalltag kaum eigene Demokratieerfahrungen machen. Demokratiepädagogik an Schulen und außerschulische politische Bildung bedingen sich gegenseitig. Demokratische Schulentwicklung muss jedoch an den

Schulen ganzheitlich konzeptionell angelegt und von allen Akteur*innen an der Schule umgesetzt werden. Demokratische Schulentwicklung kann nicht allein die Aufgabe von kurzfristigen und vielleicht sogar dienstleistungsorientierten außerschulischen Angeboten zum Thema Demokratie sein, die zeitlich befristet von außerschulischen Trägern der politischen Bildung angeboten werden. Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung können damit Verstärker und Berater, jedoch nicht Initiatoren von demokratischer Schulentwicklung sein.

9.

SICHERSTELLUNG DER INFRASTRUKTUR DURCH ANERKENNUNG UND AUSREICHENDE FINANZIERUNG VON FACHKRÄFTEN UND EHRENAMTLICHEN DER POLITISCHEN JUGENDBILDUNG

Politischer Bildung wird zu Recht viel zugetraut. Die Trägerlandschaft der politischen Jugendbildung ist im Gegensatz zu anderen Feldern der Jugendhilfe jedoch klein und sie ist vielerorts von einsparungsbedingten Einrichtungsschließungen bedroht. Zudem stagniert die Regelförderung des Arbeitsfelds, wie beispielsweise im Kinder- und Jugendplan des Bundes, seit vielen Jahren, sodass die politische Jugendbildung eine größere Rolle in der Kooperation mit Schule, beispielsweise in Form von langfristig angelegten Kooperationen im Rahmen einer lokalen Bildungslandschaft oder mit Blick auf eine Ganztagsbildung im Primarbereich, nur punktuell ausfüllen kann. Die Unterstrukturierung und -finanzierung der außerschulischen politischen Jugendbildung gegenüber dem größeren Partner Schule führt dazu, dass viele Trä-

ger außerschulischer politischer Jugendbildung bereits heute nicht allen Kooperationsanfragen schulischer Partner*innen nachkommen können. Soll politische Bildung im Kontext der Zusammenarbeit mit Schule und dem Ganztag gestärkt werden, müssen auch die Träger der politischen Bildung in ihrer Infrastruktur gesichert und gestärkt werden, um dieser Aufgabe adäquat nachkommen zu können. Kurzfristige Förderprogramme, die einzelne Kooperationsprojekte der politischen Bildung an Schulen mit Sachmitteln unterstützen, jedoch auf die Infrastruktur der politischen Jugendbildung nur zugreifen und nicht zu ihrer Sicherung und Stärkung beitragen, stellen daher kein nachhaltiges Instrument dar, um die Kooperation schulischer und außerschulischer Bildungspartner*innen zu fördern.



EIN BLICK IN DIE PRAXIS

ARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCH-SOZIALER BILDUNGSWERKE E.V. (AKSB)

SV-Begleiter*innen: Demokratisches Handeln braucht Unterstützung

Klassensprecher*innen können in der Regel nur zwei Schüler*innen einer Klasse werden. Aber wer unterstützt und fördert sie? Das Franziskanische Bildungswerk Großkrotzenburg nimmt sich mit einer Ausbildung zur*zum SV-Begleiter*in zusammen mit Kooperationschulen im Großraum Frankfurt-Hanau dieser Aufgabe an. Das Ziel: Jugendliche sollen Verantwortung für ihre jüngeren Mitschüler*innen übernehmen und sich aktiv in die demokratische Gestaltung ihrer Schule einbringen. Je nach Schulform beginnt die Ausbildung zur*zum SV-Begleiter*in mit dem Besuch eines außerschulischen Seminars in der achten bis zehnten Klasse. Die jüngsten Teilnehmer*innen sind 14 Jahre alt. Nach dem Besuch des Seminars entscheiden sie sich, ihr Amt für ein bis zwei Jahre auszuüben. An einigen Kooperationschulen werden sie dann in die SV kooptiert. Ihre Ansprechpartner*innen sind die neuen Schüler*innen der Jahrgangsstufen der 5. und 6. Klasse. Als Multiplikator*innen der SV sind sie bei der Klassensprecher*innenwahl dabei. Sie helfen den Gewählten bei ihrem Einstieg in die Schüler*innenvertretung. Sie leiten zusammen mit den Klassensprecher*innen Abstimmungen und Diskus-

sionen zu gesellschaftspolitischen Themen in der Klasse an. Ihre Aufgabe geht aber weit über die demokratischen Repräsentationsverfahren hinaus. Sie schlichten Streit zwischen Älteren und Jüngeren auf dem Schulhof. Sie sind die Diplomaten zwischen Lehrkräften und Schüler*innen. Und sie werden damit zu Vorbildern der Partizipation für die Jüngeren. Bewerber*innen für die Ausbildung verweisen oftmals auf die positiven Erfahrungen, die sie selbst mit den SV-Begleiter*innen gemacht haben. Wichtige Themen in den Einführungsseminaren sind Diversität und Konfliktbewältigung. Vermittlungsziel ist die Aushandlung von sich zunächst widersprechenden Positionen – eine wichtige Voraussetzung für demokratisches Handeln. In der Regel finden die Seminare außerhalb der Schule in einer Bildungsstätte statt. Die Kooperationen zwischen den beteiligten Schulen und dem Bildungswerk sind auf Langfristigkeit angelegt. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die Vertrauenslehrer*innen, die sich mit den außerschulischen politischen Bildner*innen in der Vorbereitung eng zu den jeweiligen Inhalten abstimmen. Jedes Seminar wird auf die spezifische Situation an der Schule abgestimmt. Das außerschulische Setting trägt entscheidend dazu bei, dass die Teilnehmenden selbst zu Handelnden werden.

ARBEITSKREIS DEUTSCHER BILDUNGSSTÄTTEN (ADB)



Praxisbericht zur Handreichung „Umgang mit Antisemitismus in der Grundschule“ des Anne Frank Zentrums

Antisemitische Vorurteile, Diskriminierungen und Wissensbestände sind in der Gesellschaft weit verbreitet. Auch Kinder im Grundschulalter kommen immer wieder – meist nebenbei und ungewollt – in Kontakt mit antisemitischen Aussagen und Bildern. Bisher gab es für pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte nur wenig unterstützendes Material zum proaktiven Umgang mit Antisemitismus und zur Vorgehensweise bei antisemitischen Vorfällen in der Grundschule. Das Anne Frank Zentrum hat daher gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin eine Handreichung „Umgang mit Antisemitismus in der Grundschule“ erstellt und auf Grund der hohen Nachfrage aktuell eine zweite und weitentwickelte Auflage publiziert. Die Handreichung gibt kurze Hintergrundinformationen und viele praktische Tipps zu den Themen Jüdisches Leben heute, Antisemitische Vorurteile und Diskriminierung sowie zur Thematisierung des Holocausts.

In Online-Seminaren bildet das Anne Frank Zentrum pädagogisches Fachpersonal zur Anwendung der Handreichung weiter. Neben einem thematischen Überblick über die Handreichung werden Methoden vorgestellt und ausprobiert. Viele Lehrkräfte sind sehr dankbar für dieses erste Material zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Grundschule. Besonders die Empfehlung, dass Schüler*innen vor der ersten Thematisierung antisemitischer Vorurteile und des Holocausts den Alltag

von Juden*Jüdinnen heute kennenlernen sollten, stößt auf große Zustimmung. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Juden*Jüdinnen vor allem in einer (Opfer-)Rolle und nicht als handelnde Individuen wahrgenommen werden. Parallel dazu führt das Anne Frank Zentrum in Kooperation mit Schulen Workshops durch, testet die vorgeschlagenen Methoden und entwickelt diese weiter. Einen Einstieg in das Thema Judentum und andere Religionen vermittelt beispielsweise das Quiz „Christlich, muslimisch, jüdisch?“. Spielerisch erkennen die Schüler*innen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Religionen Christentum, Islam und Judentum sowie Zuschreibungen, (Vor-)Urteile und Schubladendenken.





BUNDESARBEITSKREIS ARBEIT UND LEBEN E.V. (BAK AL)

Mit gesellschaftspolitischen Workshops die Handlungsfähigkeit von Berufsschüler*innen stärken. Praxisbeispiel einer Bildungspartnerschaft mit einem Berufskolleg

ARBEIT UND LEBEN NRW kooperiert seit 2016 mit dem St.-Ursula-Berufskolleg in Düsseldorf für Tagesworkshops und Seminarwochen mit Gruppen, die einen Hauptschulabschluss anstreben, angehenden Kinderpfleger*innen sowie Erzieher*innen.

Den Teilnehmenden wird nicht nur Wissen über politische und gesellschaftliche Zusammenhänge vermittelt, sondern sie werden in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt. Zielsetzung ist, die Schüler*innen in die Lage zu versetzen, sich für die eigenen und die Interessen anderer solidarisch einzusetzen und am politischen System reflektiert teilzunehmen. Themen waren unter anderem Fluchterfahrungen, Datenschutz, Digitalisierung und Demokratie, Erinnerungsorte und ein internationaler Austausch. Als ein Ergebnis können die Teilnehmer*innen die erlernten Methoden in die eigene pädagogische Praxis (zum Beispiel in Kitas oder Jugendzentren) einfließen lassen. Hier zeigt sich, dass den Auszubildenden in diesen Berufsfeldern selbst eine besondere Schlüssel-funktion im Hinblick auf Angebote der politischen Bildung zukommt. Inzwischen ist die Kooperation strukturell im Qualitätsmanagement der Schule verankert.

Konkret fand beispielsweise ein Seminar in Zusammenarbeit mit der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte (HÖB) in Papenburg statt: Angehende Pflegeassistent*innen vom St.-Ursula-Berufskolleg diskutierten und erlebten gemeinsam mit jungen Geflüchteten aus dem Emsland, welche Bedeutung die Grundrechte für sie haben. Besonders beschäftigten die Jugendlichen die Themen (Geschlechter)Gerechtigkeit, der Schutz vor Diskriminierung und das Recht auf politisches Asyl. Sie entwickelten ausgehend von ihren Erfahrungen Ideen, um sich im Alltag für ihre Rechte einzusetzen, insbesondere mit Hilfe von Argumenten und gegenseitiger Unterstützung.

Ein entscheidender Gewinn in der Zusammenarbeit liegt darin, dass mit den Angeboten gesellschaftspolitische Themen intensiver als in der Ausbildung und gleichzeitig mit der Perspektive der non-formellen Bildung bearbeitet werden können.

Bildungsurlaub als attraktives Kooperationsformat für die Zusammenarbeit mit Betrieben und beruflichen Schulen

Ein zweites Beispiel beleuchtet das Format Bildungsurlaub für die Kooperation mit der politischen Jugendbildung. So hat ARBEIT UND LEBEN Hessen mit einer Krankenpflegeschule im Odenwald ein jährliches Bildungsurlaubsangebot für Auszubildende entwickelt. Die

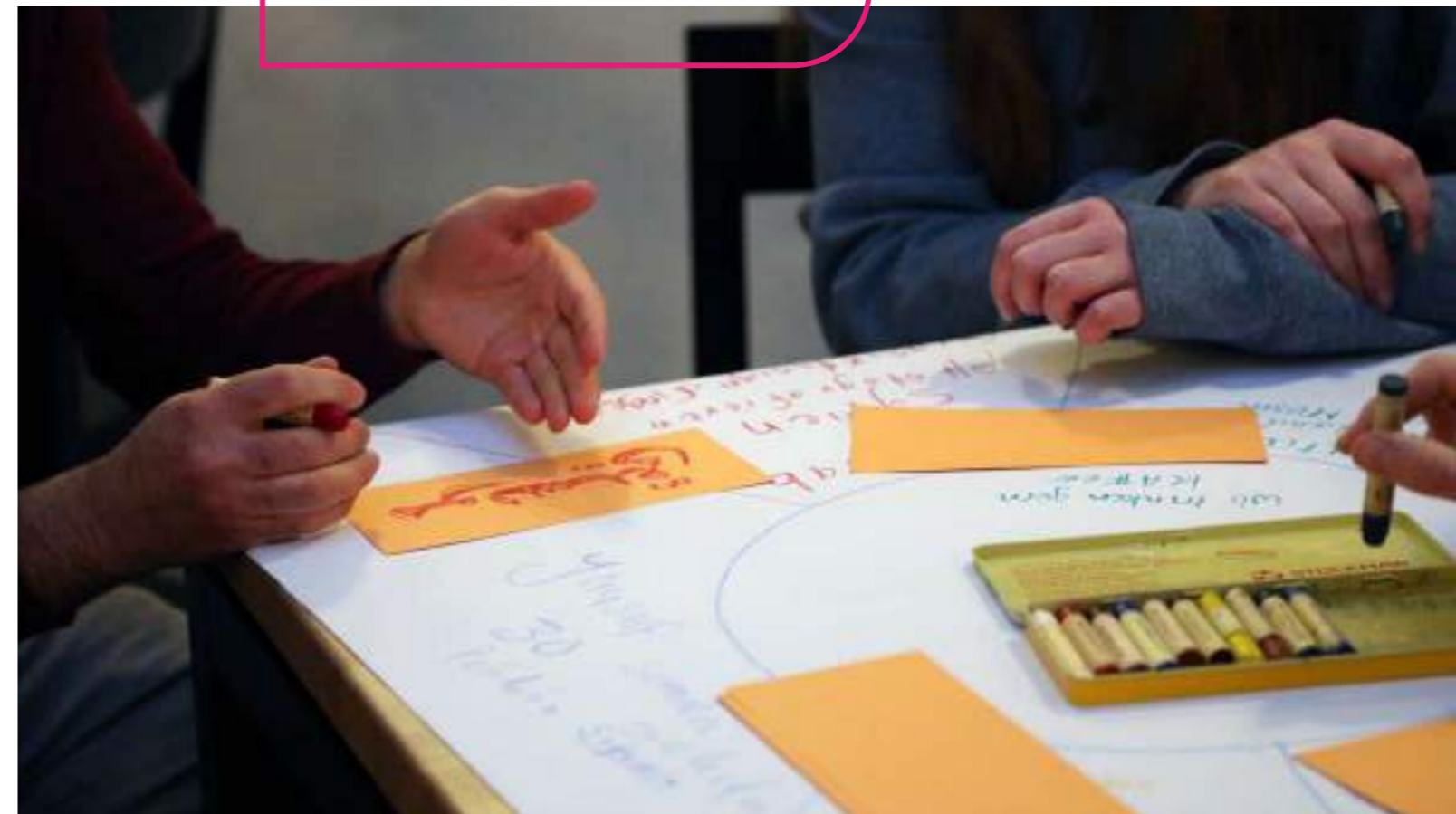
Kooperation entstand 1997 mit einem deutsch-französischen Jugendaustausch. In der Ausbildung werden gemeinhin gesundheitspolitische Fragen, die historische Bedeutung der Berufe in Bezug auf ethische Aspekte und Genderrollen, sexuelle Identitäten und geschlechtliche Vielfalt lediglich angeschnitten. Der Bildungsurlaub ermöglicht es, den eigenen Beruf in historischen und politischen Dimensionen zu reflektieren. Die Vorbereitung erfolgt bei einem Vortreffen mit der ganzen Klasse, die Termine werden mit den Klassensprecher*innen abgesprochen; die Lehrkräfte sind an diesem Prozess nicht beteiligt. Die Pflegefachfrauen*männer und Pflegehelfer*innen sind im zweiten Ausbildungsjahr, das sich angesichts der Ausbildungsanforderungen besonders für eine Freistellung eignet.

Erfahrungsgemäß sind Berlin oder Hamburg attraktive Seminarorte für die Auszubildenden; der Ortswechsel in die Großstädte und das Herauskommen aus bekannten Strukturen führt zu Offenheit der Teilnehmenden und initiiert Bildungsprozesse. Das Seminarsetting in Berlin

profitiert beispielsweise davon, dass aktuelle gesundheitspolitische Themen am historischen und politischen Ort mit verschiedenen Themenfeldern verknüpft behandelt werden können.

Gelingensbedingung für eine nachhaltige Kooperation ist aus Sicht der beteiligten Jugendbildungsreferent*innen die Einstellung der Schulleitung bzw. Ausbilder*innen. Wenn sie den Mehrwert der Seminare kennen, können sie die Auszubildenden mit der Freistellung strukturell unterstützen. Die Praxis zeigt, dass große Unternehmen und die öffentliche Verwaltung dafür bisweilen mehr Ressourcen bereitstellen können als kleine Betriebe mit wenigen Auszubildenden. Die Schulen und Ausbildungsbetriebe profitieren davon, dass die Auszubildenden das Format Bildungsurlaub kennenlernen und dort berufsbezogene politische Fragestellungen ergänzend zu den Ausbildungsinhalten diskutieren können.

*Zielsetzung ist, die Schüler*innen in die Lage zu versetzen, sich für die eigenen und die Interessen anderer solidarisch einzusetzen*



DEUTSCHER VOLKSHOCHSCHUL- VERBAND E.V. (DVV)

Kooperationsprojekt mit weiterführenden Schulen „Smart Phone – smart genutzt“ – Soziale Netzwerke und Medienkompetenz“. Ein Projekt der Bremer Volkshochschule in Kooperation mit der Oberschule Findorff

Cybermobbing, Gerüchte und Diffamierungen stehen in sozialen Netzwerken und Messenger-Diensten an der Tagesordnung. Damit setzten sich die 11- bis 16-jährigen Teilnehmer*innen zu Beginn der Osterferien im Rahmen eines Workshops auseinander. Dabei spielten schulische ebenso wie außerschulische Anlässe eine Rolle. Auch Hetze in sozialen Netzwerken, Provokation und Beleidigung sowie das gezielte Verbreiten von Unwahrheiten (Fake News) in verschiedenen analogen und digitalen Netzwerken wurden angesprochen. Die Teilnehmer*innen reflektierten Muster und Strukturen solcher Hetzkampagnen und gezielt gestreuter Falschmeldungen. Bevor die Schüler*innen eigene Filme und Clips drehten, standen – auch vor dem Hintergrund der Themen Mobbing und Diffamierung – zunächst Persönlichkeitsrechte (Recht am eigenen Bild bzw. Ton) und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung auf dem Programm.

In selbstgewählten Kleingruppen erarbeiteten die Schüler*innen Ideen für Kurzfilme und Clips, die zu Skripten verarbeitet wurden. Durch die weitgehend eigenständige Themenfindung war es allen Beteiligten möglich, ihre Ideen einzubringen und ihre Bedürfnisse zu formulieren. Danach wurden die ersten Probeaufnahmen gemacht und die Schüler*innen lernten verschiedene Apps zum Bearbeiten des Filmmaterials kennen. Innerhalb der Gruppen wurde im Zuge dieser Arbeit angeregt über das Veröffentlichliche von eigenen Bildern und Filmen diskutiert. Die Jugendlichen zeigten ein hohes Maß an Problembewusstsein und eine Skepsis gegenüber den weit verbreiteten (Selbst-)Darstellungszwängen in sozialen Netzwerken. Besonderen Wert legten die Schüler*innen in den Videos auf die emotionalen Folgen für Betroffene von Mobbing, Rassismus und / oder Ausgrenzung, und sie zeigten auch mögliche Lösungen auf. Der Projektleiter

der Bremer Volkshochschule zeigte sich erfreut darüber, wie fokussiert und engagiert die Jugendlichen an ihren Projekten arbeiteten. Es sei allen gelungen, Filme zu entwickeln, die ihre Botschaft vermitteln und den Zuschauer persönlich ansprechen. Der Projektleiter sagt über das Seminar: „Da digitale Medien in der Lebenswelt der Schüler*innen eine große Rolle spielen, waren sie hochmotiviert. Soziale Themen im Rahmen eines Medienprojekts mit Jugendlichen zu besprechen und aktiv mit ihnen daran zu arbeiten, empfinden wir als eine gute Möglichkeit, die Schüler*innen mit einem hohen Wirkungsgrad zu erreichen. Sie erzählen ihren Eltern, Freund*innen und Mitschüler*innen von den Filmen und werden somit zu Multiplikator*innen für die Auseinandersetzung mit den Themen.“ Durch Kooperation zwischen einem außerschulischen Akteur wie der Volkshochschule und Schule können Themen, die eine große Relevanz im Schulalltag von Jugendlichen haben, durch einen kreativen und praxisnahen Zugang bearbeitet werden.



ARBEITSGEMEINSCHAFT DER OST-WEST-INSTITUTE E.V. (AG OWI)



Europapolitische Jugendbildung

Die Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute ist im Rahmen ihres Leitbildes „Jugend für Gesamteuropa“ einem umfassenden Konzept partizipativer politischer Jugendbildung verpflichtet. Sie setzt unter anderem außerschulische Jugendbildungsprojekte mit dem Schwerpunkt Europa in Kooperation mit Schulen aus dem In- und Ausland um. Europapolitische Jugendbildung erschöpft sich nicht in der Vermittlung von Faktenwissen oder Kenntnissen über das Institutionengefüge der Europäischen Union. Der jüngst neu verabschiedete Beschluss der Kultusministerkonferenz „Europabildung in der Schule“ vom 15.10.2020 betont zurecht: „Begegnungen mit Partnerinnen und Partnern anderer europäischer Schulen öffnen wichtige Erfahrungsräume (...) für die Erschließung der europäischen Dimension (...).“ (KMK 2020)

In unseren bi-, tri- und multinationalen Projekten kommen Schüler*innen zusammen und erleben Europa direkt und im persönlichen Kontakt. Sie lernen die Vielfalt

europäischer Kulturen kennen, erfahren europäische Gemeinsamkeiten und Vielfalt, entwickeln interkulturelle Kompetenzen sowie Empathie für die Perspektive der jeweils anderen. Die Seminarprojekte knüpfen an die Lebenswirklichkeiten von jungen Menschen an und orientieren sich an ihren Interessen und Problemwahrnehmungen. Über die gemeinsame inhaltliche Auseinandersetzung hinaus fördern internationale Jugendeuropaprojekte interkulturelles Lernen. Die Teilnehmer*innen erfahren Europa hautnah, weil sie zusammen mit ihren Peers, außerhalb des eigenen schulischen Kontextes und ohne Leistungserwartungen, Europa erfahren. Das gemeinsame Arbeiten in Workshops schafft eine persönliche Nähe, in der sich Stereotype auflösen lassen und Vorurteile abgebaut werden. Darüber hinaus lernen die Schüler*innen die Besonderheiten nationaler Traditionen, Kleidung, Tänze, Musik und kulinarischer Spezialitäten kennen. Digitale Lernrallys, Graffitiworkshops, interkulturelle Simulationsspiele, musikalische Talentwettbewerbe, Tandemerfahrungen und vieles mehr kreieren ein internationales Lernumfeld, in dem Europa zielgruppengerecht erfahrbar wird. Weitaus stärker als

im schulischen Umfeld gestalten die Jugendlichen das Seminar mit. Sie erfahren so durch Learning by Doing neue Zugänge des Lernens.

Im Ergebnis bleibt eine gesteigerte Sensibilisierung für Europa. Die Schüler*innen nehmen auf ganz unterschiedlichen Ebenen Lernerfahrungen und Ergebnisse mit – Sprachkompetenz, neues Wissen, neue Freundschaften, Methodenkompetenz, gestärktes Selbstvertrauen, neue Perspektiven – um nur die wichtigsten zu nennen. Ein internationales Jugendeuropaprojekt kann damit zu einer prägenden Erfahrung für die politische Sozialisation von jungen Menschen werden.

Für die Schulen sind die Projekte vor allem auch deshalb eine gewinnbringende Bereicherung, weil diese Form einer intensiven und interkulturellen Sensibilisierung für Europa im schulischen Kontext nicht verwirklicht werden kann.

*In unseren bi-, tri- und multinationalen Projekten kommen Schüler*innen zusammen und erleben Europa direkt und im persönlichen Kontakt.*



Literatur

KMK = Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2020):
Europabildung in der Schule. Beschluss der
Kultusministerkonferenz vom 8.6.1978 i. d. F. vom 15.10.2020.
Online verfügbar: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2020/2020-10-15-Europabildung-in-der-Schule-m-Anl_01.pdf

EVANGELISCHE TRÄGERGRUPPE FÜR GESELLSCHAFTSPOLITISCHE JUGENDBILDUNG (ET)

Die Jugendbildungsreferent*innen der Evangelischen Trägergruppe engagieren sich in Kooperationsprojekten mit allen Schulformen. Sie entwickeln Bildungsmaterialien und insbesondere spielbasierte Methoden, die in Schulen zum Einsatz kommen, oder bieten Workshops zur Unterstützung der demokratischen Schulentwicklung und der Mitbestimmung von Schüler*innen an.

Praxisbeispiel der Ev. Akademie der Nordkirche: Klassensprecher*innen – Wir bestimmen mit! Welche Werte leiten mich? Welche Werte leiten uns?

Die Workshops haben das Ziel, die Arbeit der Klassensprecher*innen in Beziehung zu Werten und Wertesystemen zu setzen und diese zu reflektieren. Es werden Fragen aufgegriffen wie: „Welche Werte leiten mich persönlich, um meine Aufgabe als Klassensprecher*in wahrzunehmen?“ „Welche Werte leiten die Arbeit als Klassensprecher*innen für die Gruppe?“

Dabei wird Schule als ein System begriffen, das in die Gesellschaft wirkt und selbst auch Abbild der Gesellschaft ist. Um den Blick zu weiten, wird auf das Grundgesetz geschaut und darauf, was das mit der Arbeit als Klassensprecher*in zu tun hat. Dadurch werden die Werte in einen größeren gesellschaftspolitischen Zusammenhang gebracht. Durch den spielerischen Zugang mit dem von der Ev. Akademie der Nordkirche entwickelten Großgruppenspiel „GG 20“, werden die Aufgaben der Klassensprecher*innen im Verhältnis zum Grundgesetz diskutiert und danach gefragt, welche Grundwerte die Teilnehmenden in ihrer Arbeit unterstützen. Der spielerische Ansatz ist eine niedrigschwellige Möglichkeit, um

Schule wird als ein System begriffen, das in die Gesellschaft wirkt und selbst auch Abbild der Gesellschaft ist





mit jungen Menschen in einen gesellschaftspolitischen Diskurs zu kommen, zu reflektieren, wo demokratische Werte im eigenen Handeln erkennbar sind und wie Selbstwirksamkeit in einer demokratischen Gesellschaft erfahren werden kann.

In der Evangelischen Trägergruppe sind zudem weitere spielbasierte Bildungsmaterialien entwickelt worden, die sich für den Einsatz in Kooperationsprojekten mit Schulen gut eignen, da sie an Situationen aus dem Schulalltag der Jugendlichen ansetzen. Diese werden in Workshops an Schulen durchgeführt oder in Werkstätten für Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen vorgestellt und für den eigenen Praxiseinsatz weitergegeben. Die Kooperation mit unterschiedlichen Schulformen basiert daher auch auf der partnerschaftlichen Entwicklung von politischen Bildungsmaterialien als frei zugängliche Open Educational Resources. Auf diese Weise lassen sich Materialien der politischen Bildung für den Einsatz in schulischen und außerschulischen Settings nutzen und leicht in die Breite tragen.



Methodenbeispiel: Klamottenkiste – ein Planspiel zu Respekt im Klassenchat

Das Videoplanspiel „Klamottenkiste“ stellt seine Spieler*innen anhand eines fiktiven Konflikts vor die Frage, wie ein respektvoller Umgang in digitalen Räumen aussehen kann und soll. Sowohl das Szenario als auch die Rollenprofile werden in kurzen Videos vorgestellt. Dadurch wird die Hürde umgangen, die eine rein textbasierte Beschreibung für viele darstellt. In den Rollen von Schüler*innen, Schulvertreter*innen und Eltern handeln die Teilnehmenden aus, welche Rahmenbedingungen, Unterstützung und Freiheiten junge Menschen benötigen, damit sich alle Mitglieder einer Gruppe in den von ihnen genutzten digitalen Räumen wohlfühlen. Am Beispiel eines WhatsApp-Klassenchats diskutieren sie darüber, wo die Grenzen zwischen Spaß und Mobbing liegen und wer die Regeln in digitalen Räumen von Schüler*innen definieren soll und darf. Das Spiel ist darauf ausgelegt, dass anschließend mit den Jugendlichen weiter zum Thema gearbeitet wird. Zum Konzept gehört daher auch ein anschließender Workshop, in dem der Transfer zu Erfahrungen und Anliegen der jeweiligen Gruppe im Fokus steht. In der Durchführung werden zudem weitere an der Schule vorhandene Arbeitsformen analysiert und in den weiteren Prozess einbezogen. So können zum Beispiel Arbeitsgruppen zu digitalen Medien, Peer-Coach-Projekte oder Angebote der Schulsozialarbeit aktiv einbezogen werden. Ziel ist es, die Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung, der Schule und der Jugendsozialarbeit auf diese Weise zu einem wirkungsvollen Ansatz zu verzahnen und nachhaltig die demokratische Schulkultur zu unterstützen.

EIN BLICK IN DIE WISSENSCHAFT

KOOPERATIONEN AUSSERSCHULISCHER POLITISCHER BILDUNG UND SCHULE

Die Forschungslage zu Kooperationen von Akteur*innen der außerschulischen politischen Bildung mit Schulen ist übersichtlich. Es überwiegen einzelne Projektevaluationen, aus denen sich nur bedingt verallgemeinerbare Erkenntnisse zu den Kooperationsbeziehungen zwischen schulischen und außerschulischen Partner*innen ableiten lassen (Becker 2017). Umfangreichere empirische Studien zu den Erfahrungen junger Menschen mit politischer Bildung und den möglichen Einflüssen außerschulischer politischer Bildungsangebote auf die individuelle politische Sozialisation fehlen bislang. Auch vertiefte Analysen, die die Vielfalt bestehender Kooperationsbeziehungen und formate in den Blick nehmen und die unterschiedlichen fachlichen und methodischen Ansätze kritisch beleuchten, sind bisher nur in Ansätzen vorhanden (Becker 2017). Dies erstaunt umso mehr, als Kooperationen von schulischen und außerschulischen Partner*innen seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der politischen Jugendbildung sind (Becker 2017). Die unzureichende Forschungslage ist auch Ausdruck davon, dass außerschulische politische Bildung an Schulen nicht strukturell verankert ist. Kooperationen finden meist auf Initiative und aufgrund des besonderen Engagements einzelner Lehrkräfte, Schulleitungen und der beteiligten außerschulischen Fachkräfte statt. Vielfach sind diese Kooperationen kurzfristig und zeitlich begrenzt angelegt und finden in Form von einzelnen Projektwochen, Exkursionen oder mehrtägigen Seminaren zu bestimmten politischen Themen statt. Für die außerschulische politische Bildung liegt hierbei die zentrale Herausforderung darin,

den außerschulischen Charakter ihrer Angebote sowie die Grundprinzipien eines auf Freiwilligkeit, Partizipation und demokratische Handlungsfähigkeit gerichteten Bildungsverständnisses in den Kooperationen mit Schulen zu verankern.

Weitgehend einhellig werden in der Forschung als zentrale Gelingensbedingungen für die Kooperation von schulischer und außerschulischer politischer Bildung „die Kommunikation auf Augenhöhe“, der Verzicht auf schulische Bewertungslogiken sowie die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verständigung über die fachlichen Ziele und Methoden hervorgehoben (Becker 2017). Für die professionelle Weiterentwicklung der Kooperation von schulischer und außerschulischer Bildung erscheint neben einer Vertiefung des Dialogs zwischen Wissenschaft und politischer Bildungspraxis vor allem eine verstärkte strukturelle Verankerung des Angebots außerschulischer politischer Bildung an Schulen notwendig. Auf dieser Grundlage lassen sich mittel- und langfristige weitergehende wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über die Besonderheiten außerschulischer politischer Bildungsprozesse, über ihre Qualitätskriterien und möglichen Wirkungen gewinnen. Für die außerschulische politische Bildung geht es dabei auch darum, bestehende Kooperationsstrukturen zwischen Schulen und außerschulischen Trägern selbstkritisch zu hinterfragen und eine wissenschaftlich fundierte Debatte über die Weiterentwicklung des eigenen Professionsverständnis zu führen.

Literatur

Becker, Helle (2017): Gemeinsam stärker?! Befunde und Fragen. In: Transferstelle politische Bildung (Hrsg.): *Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule*. Essen, S. 7–25. Online verfügbar: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/jahresbroschuere-2017-gemeinsam-staerker-kooperationen-zwischen-ausserschulischer-politischer-b>

IM GESPRÄCH MIT ...

PROF. ALEXANDER WOHNIG (Universität Siegen)

Alexander Wohnig ist Juniorprofessor für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Siegen. In einem kurzen Interview hat die GEMINI Alexander Wohnig nach dem aktuellen Forschungsstand und seiner Einschätzung zum Kooperationsverhältnis zwischen Schulen und außerschulischer politischer Jugendbildung gefragt.



1 Welche Forschungsergebnisse gibt es zur Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer politischer Jugendbildung?

Zum konkreten Feld der Kooperationen mit außerschulischer politischer Jugendbildung gibt es wenige Forschungsergebnisse. Einige Arbeiten befassen sich mit dem Gelingen von Kooperationen in Ganztagschulangeboten, andere mit den Potenzialen außerschulischer Lernorte. Dabei werden unter anderem auch Gelingenbedingungen für Kooperationen formuliert, wie das Schaffen eines festen Zeitrahmens, Kommunikation auf Augenhöhe, das Aussetzen schulischer (Bewertungs-) Logiken, das Einigen auf ein gemeinsames Bildungsverständnis. Eine gute Übersicht dazu findet sich in einer Jahresbroschüre 2017 der Transferstelle politische Bildung.

In dem Modellprojekt „Politische Partizipation als Ziel der politischen Bildung“ wurde eruiert, was geschieht, wenn Schüler*innen in Kooperationsprojekten die Gelegenheit zu politischer Partizipation bekommen. Dabei zeigt sich, dass gerade die Profession der außerschulischen politischen Bildung, mit ihrem subjektorientierten Bildungsverständnis, Gelegenheiten für politisches Empowerment, Selbstbildungsprozesse und reales politisches Handeln schaffen kann. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, die von Ungleichheit betroffen sind.

2 Wo sehen Sie die zentralen Forschungsdesiderate?

Interessant wäre es, die Forschung im Bereich der Frage auszuweiten, welche (Lern- und Bildungs-)Erfahrungen junge Menschen in Kontexten der außerschulischen politischen Bildung machen und welchen Einfluss diese auf die politische Sozialisation haben. Hier gibt es mit einer Wirkungsstudie (Balzter / Ristau / Schröder 2014) erste Ansätze.

Ebenso liegen wenige Ergebnisse zur Logik und Wirkung der Räume Schule und Außerschulische Bildungsstätte vor, in der die Analysen systematisch aufeinander bezogen werden. Dabei wäre nach Möglichkeiten von Bildung in den jeweils spezifischen Räumen und weitergehend, in Kooperationen, in denen ja Räume gewechselt werden, zu fragen. Ähnliches gilt für die Reise: Welchen Einfluss hat das Verlassen des Schulraums und der Charakter der Reise, der einem mehrtägigen Besuch einer außerschulischen Bildungsstätte inne liegt, auf politische Lern-, Bildungs- und Sozialisationsprozesse?

Zuletzt wäre die Forschung zur Spezifik der außerschulischen politischen Bildungsprofession zu intensivieren.

3 Worin liegt Ihrer Meinung nach die zentrale Bedeutung der Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer politischer Bildung?

Dies ist zunächst einmal der Charakter des Freiraums, den die außerschulische Bildungsstätte darstellt. Daher sind meines Erachtens Kooperationen außerhalb der Schule, das heißt in Form mehrtägiger Seminare in außerschulischen Bildungsstätten anzustreben. In diesen Freiräumen sind neue und „andere“ Formen der Bildung möglich, die auf einem „anderen“ Bildungsverständnis der außerschulischen politischen Bildung beruhen: Es wird nicht benotet, es gibt ein loseres Autoritätsverhältnis, keinen Lehrplan, es kann sich an der Meinung interessanter Erwachsener gerieben werden, es finden verschiedenste mehrtägige Erfahrungen informellen Lernens statt, politisches Handeln wird möglich, subjektorientierte Themenwahl und Themenanalyse steht im Mittelpunkt.

Nicht zuletzt können gelingende Kooperationen auch den Horizont der beteiligten Fachkräfte (Lehrer*innen – außerschulische politische Bildner*innen) erweitern, indem ein systematischer Austausch über die eigenen Professionsgrenzen hinweg stattfindet.

4 Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Gelingenbedingungen für eine erfolgreiche Kooperation?

In meinen eigenen und weiteren Forschungsarbeiten zeigt sich, dass das Kennen des Professionsverständnisses der jeweils anderen Profession (Lehrer*innen – außerschulische politische Bildner*innen) und der Eigenlogiken des jeweiligen Bildungsraums (außerschulischer Bildungsraum) durch die beteiligten Akteur*innen ein elementarer Bestandteil gelingender Kooperationen ist (Münderlein 2014; Wohnig 2020a). Leider fehlen die dauerhaften Austauschräume, in denen die Selbstverständnisse systematisch artikuliert und dadurch erfahrbar gemacht werden können.

Des Weiteren ist es zentral, dass sich die in Kooperationen beteiligten Akteur*innen auf „Neues“ einlassen und auch pädagogische „Experimente“ wagen, ohne vorher zu wissen, wo diese enden können. Dies bedeutet, dass am Ende einer Bildungskoooperation auch Ergebnisse stehen können, die nicht erwartet oder nicht beabsichtigt wurden. Dabei ist es elementar, dass schulische Logiken in außerschulischen Bildungsräumen ausgesetzt werden.

5 Wo sehen Sie die Chancen, wo die Schwierigkeiten für erfolgreiche Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Partner*innen der politischen Jugendbildung?

Die Schwierigkeiten bestehen vor allem in den immer enger werdenden zeitlichen und curricularen Möglichkeiten, die von schulischer Seite für Kooperationsprojekte zur Verfügung stehen. Zudem werden Kooperationen oftmals als eine ‚buchbare‘ Serviceleistung angesehen, die Lehrer*innen und Schule entlasten: Kooperationen auf Augenhöhe sind so schwer möglich. Gleichzeitig schafft die Projektfinanzierung auf Seite außerschulischer politischer Bildung einen kurzfristigen Handlungsdruck, der dauerhaften Kooperationen oftmals im Wege steht.

Chancen bestehen dann, wenn durch Kooperationen mit außerschulischen Partner*innen Freiräume geschaffen werden, in denen junge Menschen Erfahrungen mit Politik, dem Politischen und politischer Partizipation sammeln. Diese Erfahrungen können auch an den schulischen Politikunterricht zurückgebunden werden. Idealerweise könnten so Kooperationen initiiert werden, in denen beiden Seiten Ressourcen beisteuern, um empowernde und emanzipatorische politische Bildung umfassend zu realisieren (Wohnig 2020b).

Literatur

- Balzter, Nadine; Ristau, Yan; Schröder, Achim (2014): Wie politische Bildung wirkt: Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach / Ts.
- Münderlein, Regina (2014): Erfolgreiche Schulkoooperation. Eine doppelerspektivische Studie zur Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule. Wiesbaden.
- Transferstelle politische Bildung (Hrsg.) (2017): Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. Essen.
Online verfügbar: <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/veroeffentlichungen/mitteilung/artikel/jahresbroschuere-2017-gemeinsam-staerker-kooperationen-zwischen-ausserschulischer-politischer-b>
- Wohnig, Alexander (2020a): Demokratisierung durch Kooperationen? Politische Bildung, Schule und außerschulische Jugendarbeit. In: Haarmann, Moritz Peter et al. (Hrsg.): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Wiesbaden. S. 157–176.
- Wohnig, Alexander (2020b): Bildungs- und Lernprozesse in politischen Aktionen – Eine Fallstudie aus einem Kooperationsprojekt von Schule und außerschulischem politischem Bildungsträger. In: Albrecht, Achim et al. (Hrsg.): Jetzt erst recht: Politische Bildung! Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen. Frankfurt am Main, S. 188–203.

IM GESPRÄCH MIT ...

DR. HELLE BECKER (Transfer für Bildung e.V.)

Dr. Helle Becker ist Geschäftsführerin von Transfer für Bildung e. V. und Expertin für die Themen Politische und kulturelle Jugend- und Erwachsenenbildung, Zusammenarbeit unterschiedlicher Bildungssektoren und Qualitätsentwicklung. Der Verein will die Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis politischer Bildung verbessern und damit die Weiterentwicklung der Bildungspraxis unterstützen. In einem kurzen Interview hat die GEMINI Helle Becker nach den aktuellen Forschungsstand und ihrer Einschätzung zum Kooperationsverhältnis zwischen Schulen und außerschulischer politischer Jugendbildung gefragt.



1 Welche Forschungsergebnisse gibt es zur Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer politischer Jugendbildung?

Es gibt in jedem Fall zu wenig Forschung zu dieser Frage. Als wir 2017 im Rahmen des Jahresthemas der Transferstelle politische Bildung dazu eine umfangreiche Recherche unternahmen, fanden wir lediglich 27 wissenschaftliche Arbeiten. Immer noch einmalig ist das Modellprojekt „Politik und Partizipation in der Ganztagschule“, das von der TH Köln evaluiert wurde (siehe Riß / Thimmel 2008), weil hier unterschiedliche Träger politischer Bildung mitgewirkt haben. In den letzten beiden Jahren sind weitere Projektevaluationen hinzugekommen, so die Evaluation des durch Demokratie leben! geförderten Projekts „Opinion“ durch das Deutsche Jugendinstitut oder die wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte „Politische Partizipation als Ziel der politischen Bildung“ und „Soziale Praxis & Politische Bildung – Compassion & Service Learning politisch denken“ durch Alexander Wohnig.

2 Wo sehen Sie die zentralen Forschungsdesiderate?

Es gibt bisher überwiegend Projektevaluationen, die nicht immer verallgemeinerbare Erkenntnisse bringen. Es fehlt daher ein Überblick: Wie viel Kooperation findet statt, mit welchen Formaten, unter welchen Bedingungen und vor allem mit welchen fachlichen Ansätzen? Über allgemeine Gelingensbedingungen von Kooperationen gibt es ausreichend Erkenntnisse aus anderen Feldern. Zu wenig wissen wir über genuine Fragen politischer Bildung: Welche fachlichen Ziele sollen gemeinsam erreicht werden, welche Rolle spielen die jeweiligen fachlichen Auffassungen und Qualitäten der Partner*innen und wann stellt eine

Zusammenarbeit einen Mehrwert dar? Wünschenswert sind hierzu interdisziplinäre Studien, in denen schulische und außerschulische Perspektiven und deren Fachlichkeit transparent einfließen und die auch die betroffenen Kinder und Jugendlichen einbeziehen.

3 Worin liegt Ihrer Meinung nach die zentrale Bedeutung der Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer politischer Bildung?

Bildungspolitisch werden Kooperationen oft dort gefordert, wo die Schule an ihre Grenzen kommt. Träger haben finanzielle Interessen, Schulkooperationen sind eine sichere Einnahmequelle. Beides ist keine gute Voraussetzung für Partnerschaft, eher für ein Dienstleistungsverhältnis. Es wird häufig behauptet, dass die politische Jugendbildung über Kooperationen mit Schule neue Zielgruppen erreicht. Dabei wird oft vergessen, dass ein Zwangssystem den Grundsätzen außerschulischer Bildung widerspricht und auch, dass man über das hochselektive System Schule nur homogene Gruppen erreicht. Anders sähe es aus, wenn Schule und außerschulische Bildung gleichberechtigter Teil einer sozialräumlichen, kooperativen Bildungslandschaft wären, in der die Hauptakteur*innen die Kinder und Jugendlichen sind, die damit eine Auswahl innerhalb eines vielfältigen Angebots hätten. Dies würde Kooperationen eine zentrale Bedeutung geben.

4 Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Kooperation?

Gelingensbedingungen für erfolgreiche Kooperationen sind eigentlich immer die gleichen: eine nicht-hierarchi-

sche Partnerschaft, gegenseitiges Verständnis fachlicher Auffassungen und Herangehensweisen und systemischer Bedingungen, ausreichend Zeit und Personalressourcen nicht nur für die gemeinsamen Projekte, sondern auch für die Gestaltung der Kooperationsbeziehungen. Für die politische Bildung kommt hinzu, dass man sich stärker über die jeweilige Praxis und ihre Konzepte auseinandersetzen muss. So werden Fragen, wie freiwillig und partizipativ gearbeitet werden kann oder wie kritisch und handlungsorientiert politische Bildung sein „darf“, von den Partner*innen oft sehr unterschiedlich beantwortet. Setzen sich dann „schulische Notwendigkeiten“ durch oder findet man einen gemeinsamen Weg, der die Qualitäten außerschulischer Partner*innen wertschätzt? An der Antwort misst sich für mich „Gelingen“.

5 Wo sehen Sie die Chancen, wo die Schwierigkeiten für erfolgreiche Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Partner*innen der politischen Jugendbildung?

Die Chancen von Kooperationen liegen darin, dass Kinder und Jugendliche überhaupt oder mehr politische Bildung und verschiedene Zugänge zu Politik kennenlernen, dass sie eine lebensweltlich und biografisch relevante, jugendgerechte Resonanz auf ihre politischen Fragen und Sorgen erhalten. Wenn dies mit Hilfe der Schule besser gelingt, ist das eine Chance.

Die Schwierigkeiten liegen in der strukturellen Dominanz des schulischen Systems, das selektiv und leistungsorientiert ist. Partnerschaften dürfen keine Zweckbündnisse sein, mit denen Schulen die Bearbeitung sozialer oder disziplinarischer Probleme „outsourcen“. Statt dies zu leugnen ist zu überlegen, wie man damit umgeht, um die außerschulischen Qualitäten wie Freiwilligkeit, Partizipation, Prozessorientierung, Aktion etc. zu erhalten. Kooperationserfolge lassen sich nicht daran ablesen, wie viele Jugendliche man erreicht, daher brauchen wir dringend eine Qualitätsdebatte.

Literatur

Riß, Katrin; Thimmel, Andreas (2008): „Politik & Partizipation“ – Evaluationsergebnisse eines Praxisforschungsprojekts. In: Becker, Helle (Hrsg.): Politik und Partizipation in der Ganztagschule. Schwalbach/Ts., S. 59–86.

NACHGEFRAGT:

INTERVIEW MIT LEHRKRÄFTEN UND FACHKRÄFTEN DER POLITISCHEN BILDNER*INNEN

Interviewpartner:

Peter Kock (stellv. Schulleiter; Herder-Gymnasium der Stadt Minden) und Marco Düsterwald (Direktor der Volkshochschule Minden / Bad Oeynhausen)



Begegnungen. Zwar lässt sich vieles innerschulisch in die Lehrpläne und die didaktischen Planungen aufnehmen, jedoch werden oftmals durch die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen Perspektiven eröffnet. Das gilt besonders für die politische Jugendbildung. Die Zusammenarbeit ermöglicht häufig den Zugang zu Personen, die für die Arbeit mit Schüler*innen gewonnen werden können. Das sind fachliche Expert*innen, aber auch mal Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, was eine besondere Anziehungskraft entwickeln kann. Auf jeden Fall bedeutet der Austausch mit der politischen Jugendbildung, gesellschaftlich relevante und aktuelle Diskurse aufzunehmen und diese in einem außerunterrichtlichen Format an die Jugendlichen herantragen zu können. Letztlich bedeutet die Begegnung mit einer Einrichtung wie einer Volkshochschule, einem Museum, Archiv, Theater usw. immer auch, Brücken zu bauen in das eigene kommunale Umfeld, Kenntnisse über die örtlichen Angebote zu bekommen. Die Zusammenarbeit lohnt sich also auf vielen Ebenen, in ganz pragmatischen Aspekten und sehr grundsätzlichen Bildungsfragen.

In der Zusammenarbeit mit der VHS Minden / Bad Oeynhausen spielen diese Überlegungen traditionell eine große Rolle. Aktuelle Fragen wie Teilhabe und Demokratie, Menschenrechte, Klimaschutz, Europa sind nur einige Beispiele, die in unterschiedlicher Weise durch die Zusammenarbeit Eingang in die Schule gefunden haben.

MD: Aus meiner Sicht liegt hier ein bei weitem noch nicht ausgeschöpftes Potenzial. Grundlegend sind Kooperationen zwischen außerschulischem und schulischem Träger nicht nur, wenn gut organisiert, hoch synergetisch, sondern vor allem essentiell wichtig für die politische Bildung junger Menschen. Außerschulische Träger können außercurriculare Angebote gestalten, die den Unterrichtsstoff sinnvoll ergänzen, vor- oder nachbereiten. Vor allem im Bereich des Erfahrungslernens durch innovative Methodik, ein Lernen ohne Notendruck und durch außerschulische Lernorte kann vor allem Demokratiebildung gelingen. Demokratiebildung scheint in der aktuellen Zeit eine der wichtigsten Formen politischer Bildung zu sein. Damit sie gelingt, braucht es Zeit, ein gutes Verhältnis zwischen der Schule und dem außerschulischen Träger

1 Welches Potenzial liegt aus Ihrer Sicht in der Kooperationsbeziehung zwischen außerschulischer politischer Jugendbildung und (Ganztags) Schulen im Allgemeinen sowie in Ihrer Kooperation im Speziellen?

PK: Schulen müssen außerschulische Kooperationen nutzen. Sie ergänzen die schulische Bildung und Erziehung auf vielen Ebenen. Außerschulische Expert*innen geben Schulen oft neue Impulse. Diese reichen von möglichen Veranstaltungsformaten über die Themen bis zu

und Vertrauen bei den Teilnehmer*innen. Durch diese Aspekte ist die Kooperation zwischen dem Herder-Gymnasium und der VHS Minden / Bad Oeynhausen seit vielen Jahren gewinnbringend geprägt.

2 Gibt es aus Ihrer Sicht Hürden, die vor der Kooperation bestanden? Wenn ja, wie konnten / können diese überwunden werden?

PK: Die Hürden sind in der Regel organisatorischer Art. Zusammenarbeit ist Arbeit und hierfür fehlen oftmals die Kapazitäten in der Schule. Die zeitlichen Ressourcen und auch der Platz für Projektarbeit in der Schule müssen immer wieder gewonnen werden. Wichtig ist, dass ein Team in der Schule am Projekt beteiligt ist. Unterschiedliche Interessen können so beachtet werden: Fachlehrkräfte, Koordinatoren unterschiedlicher Aufgabenfelder und auch die Öffentlichkeitsarbeit spielen eine Rolle. Letztlich ist das Wollen das Entscheidende: der Wille zur Öffnung und zur Zusammenarbeit sowie die Einsicht, dass diese wesentlich für den Unterricht, die Bildungs- und Erziehungsarbeit an sich sind.

Das kann alles berücksichtigt werden, dennoch hilft dabei eine gründliche und nicht punktuelle Zusammenarbeit. Dies wird von uns seit Jahren mit der VHS Minden / Bad Oeynhausen gepflegt und das sind beste Voraussetzungen.

3 Welche Maßnahmen haben Sie bereits gemeinsam realisiert?

PK: In den vielen vergangenen Jahren wurden Vortrags- und Workshop-Angebote in der Zusammenarbeit der VHS und dem Herder-Gymnasium realisiert. Dabei konnten häufiger auch Veranstaltungen am Vormittag für Schüler*innen und öffentliche Veranstaltungen am Abend in der Schule angeboten werden. Das ermöglicht zum Beispiel auch die Beteiligung der Eltern und weiterer Lehrkräfte, also der Schulgemeinde. Dieses Bewusstsein der Zusammenarbeit mit einem „vertrauten“ Partner ist ein wichtiger Grundstein für den Erfolg.

4 Welche Erkenntnisse haben Sie im Rahmen der Kooperation sowie der Bearbeitung von Themen der politischen Jugendbildung gewinnen können?

PK: Für den inhaltlichen Erfolg sind die unterrichtliche Vor- und Nachbereitung und der offene Austausch mit den Schüler*innen unerlässlich. Sie brauchen eine Sicherheit über die Inhalte, den Ablauf und die Erwartungen, die auch an sie in einer Veranstaltung gestellt werden. Bildungspartner*innen müssen sich vertrauen. Das gilt für die sorgfältigen Vorüberlegungen und die Organisation wie für die inhaltliche Abstimmung. Dazu muss man sich kennen und bestenfalls auch abseits kon-

kreter Planungen austauschen. Dann eröffnen sich neue Wege und interessante Perspektiven. Referent*innen müssen sich aktiv auf die schulische Situation einlassen und „vom Skript“ vielleicht vielfach erprobter Veranstaltungen lösen können. Es wird immer wichtiger sein, Schüler*innen zu beteiligen, statt ihnen etwas „bieten zu wollen“. Dazu gehört die Auswahl eines Themas wie auch die Gestaltung des Formates. Immer häufiger sind digitale Angebote und Beteiligungsformen nötig, um Jugendlichen den Zugang zu erleichtern.

MD: Wichtig ist es, möglichst viele Schüler*innen anzusprechen und mit Bildungsangeboten zu erreichen. Jugendliche sind innerhalb der Veranstaltungen kritisch und konstruktiv. Bei der Auswahl der richtigen Themen und Formate kommt es darauf an, lebensweltlich orientiert an eine Veranstaltung heranzugehen und die Bedarfe junger Menschen in den Fokus zu nehmen. Auch in der Wahl der Formate sind beteiligungsorientierte vorzuziehen. Die Nachbereitung hierzu ist von hohem Aufwand geprägt, will man das wichtigste Ziel der politischen Bildung nicht verfehlen, den Teilnehmer*innen eine eigene Meinungsbildung zu ermöglichen. Daher ist es das höchste Ziel, das Thema und die Lebenswelt der Jugendlichen miteinander zu verbinden.

5 Haben Sie bereits andere Maßnahmen gemeinsam geplant? Gibt es Pläne für einen Ausbau der Kooperation?

Wir sind in kontinuierlichem Austausch, der auch eine Suche nach Themen beinhaltet. Hierfür muss es auf beiden Seiten, gerade auch in der Schule, Verantwortliche geben, die diese Kultur auch pflegen. Das hat sich bewährt. In der Regel ist der Ort die Schule. Wichtig ist es aber auch, Schule auch räumlich weiter zu öffnen, Räume vor Ort zu nutzen. Das erhöht insgesamt den Austausch.

MD: Ich bin der festen Überzeugung, dass wir erst am Anfang der Kooperationsmöglichkeiten stehen. Eines meiner Ziele ist der Auf- und Ausbau der „jungen vhs“. Also eines Angebotsportfolios, dass auf die jeweiligen Bedarfe der Zielgruppen und auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen angepasst werden kann.

POLITISCHE BILDUNG IN DER GRUNDSCHULE

CHANCEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG IM PRIMARBEREICH DURCH DEN RECHTSANSPRUCH AUF GANZTAGSBETREUUNG

Das Recht auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ist nicht erst seit es im Koalitionsvertrag 2018 verfasst wurde ein viel diskutiertes Thema. Auch wenn dieser Rechtsanspruch erst 2025 eintritt, wird es in der Zeit bis dahin viele weitere Diskussionen darum geben, wie die zusätzliche Anwesenheitszeit von Schüler*innen ausgestaltet wird.

Der bisher angedachte Rechtsanspruch bezieht sich ausschließlich auf den Bereich der Grundschule und zielt dabei auf eine Ganztagesbetreuung ab. Diese Verengung auf das Ziel der Betreuung wird im gesamten Feld der Jugendhilfe sehr kritisch diskutiert. Auch aus Sicht der politischen Bildung werden dadurch Chancen für junge Menschen vergeben, die Schule in ihrer Aufgabe, „demokratische und zivilgesellschaftliche Kompetenzen zu vermitteln, die zur verantwortlichen Teilhabe am gesellschaftlich kulturellen Leben befähigen“ (Aktionsrat Bildung 2020, S. 102) per se eröffnen sollte.

Betreuung im Ganztagsschulbereich wird meist von Trägern der Kinder- und Jugendhilfe gewährleistet. Da diese Träger andere Aufgaben als Schule wahrnehmen und in der Ausgestaltung ihrer Angebote freier sind und oft einen Bildungscharakter aufweisen, spricht unter anderem die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) weniger von Betreuung als von Ganztagsbildung. Diese umfasst verschiedene Konzepte und Institutionalisierungsformen, die formale, non-formale und informelle Bildungsgelegenheiten durch organisatorische und inhaltliche Verschränkung zu einem integrierten Ganzen verbinden. Gerade hier besteht ein großes Potenzial, um Angebote der politischen Bildung zu implementieren bzw. auszubauen.

Diese Gestaltungsmöglichkeiten müssen den Trägern der bundeszentralen Infrastruktur jedoch eröffnet werden. Dies kann nur gelingen, wenn Konzepte der stärkeren Zusammenarbeit von Schulen im Primarbereich und Trägern der außerschulischen politischen Jugendbildung gemeinsam entwickelt werden können und diese nicht

ausschließlich von den Bedarfen des Systems Schule ausgedacht und gesteuert werden.

Nachdem in den zurückliegenden Jahrzehnten die (längerfristige) Kooperation mit Schulen im Kinder- und Jugendplan des Bundes durch das BMFSFJ als nicht förderfähig betrachtet wurde, ist zum Glück mittlerweile eine etwas andere Sichtweise vorhanden. Ob jedoch politische Bildung mit Kindern förderfähig ist, war bis vor kurzem sehr strittig. Die Förderfähigkeit von Veranstaltungen politischer Bildung für Kinder unter sechs Jahren wird zumindest im Kinder- und Jugendplan des Bundes grundsätzlich in Frage gestellt. Auch stehen die Konzepte politischer Bildungsveranstaltungen für Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren zur Diskussion, wenn die politischen Inhalte im Sinne eines engen Politikbegriffs (zum Beispiel Fokus auf Demokratie als Herrschaftssystem) in Formaten für Kinder nicht explizit in Programmen oder Modulen benannt werden. Um deutlich zu machen, unter welchen Bedingungen politische Bildung auch mit Politik und Demokratie als Bildungsgegenstände in Bildungsveranstaltungen mit jungen Kindern gelingen kann, brauchen wir hier eine Qualitätsdebatte im Arbeitsfeld zu Kriterien und Bedingungen der politischen Bildung mit Kindern. Erprobte Konzepte und methodische Ansätze für Kinder im Grundschulalter sind für diese Qualitätsdebatte selbstverständlich unerlässlich.

Politische Bildung im Kindes- / Grundschulalter rückte zuletzt verstärkt in den Vordergrund der Debatten auch innerhalb der Träger politischer Bildung. Die Angebote der politischen Bildung in diesem Alterssegment finden mehr Beachtung und werden bei einigen Trägern der politischen Bildung, wie beispielsweise beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten oder der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, mit eigens dafür konzipierten Projekten gefördert. Ein Praxisbeispiel in diesem Heft zeigt, dass politische Bildung auch mit Kindern im Grundschulalter funktionieren kann und es bereits gute Konzepte gibt, indem beispielsweise mit Antisemitismus auch ein „schweres“ Thema

für die Auseinandersetzung mit Kindern gut aufbereitet und einfach vermittelt werden kann. Es lohnt sich also, über gängige Themen, die häufig mit Kindern bearbeitet werden, wie Kinder- und Jugendbeteiligung oder Kinderrechte, hinauszugehen. Projekte, wie zum Beispiel das Projekt des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. „Demokratie-Profis in Ausbildung – politische Bildung mit Kindern“ im Rahmen von „Demokratie leben!“ (2020–2024) oder die seit vielen Jahren in der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung etablierten Kinderakademien, stellen die kindgerechte Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Fragen in den Mittelpunkt und zeigen auf, wie dies in einer großen Themenvielfalt gelingen kann.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule muss sich deutlich erweitern. Die Grundlage für diesen Gesetzesvorstoß war eine arbeitsmarktpolitische Perspektive und die Interessen und Bedarfe der Kinder und Jugendlichen ebenso wie die Qualitätssicherung der Ganztagesbildung standen dabei nicht im Fokus der Bemühungen. Es bedarf einer Erweiterung des Rechtsanspruchs auf alle Teile der schulischen Bildung und einer Abkehr vom Begriff der Betreuung hin zu einer Ganztagsbildung, wie sie von vielen Bereichen der Kinder- und

Jugendhilfe gefordert wird. Zusätzlich braucht es eine Auseinandersetzung darüber, wie politische Bildung als Teil einer qualitativollen Ganztagsbildung gestärkt werden kann. Nur so können wir uns auf Bildungsangebote, die sich an alle Kinder und Jugendlichen richten und ihre Interessen aufnehmen, konzentrieren und den Mehrwert eines solchen Gesetzes für unsere Demokratie bergen. In den Angeboten der politischen Bildung liegen Potenziale, die insbesondere für Kinder und die Zusammenarbeit mit Schulen im Primarbereich noch nicht gehoben sind.

Es braucht eine Auseinandersetzung darüber, wie politische Bildung als Teil einer qualitativollen Ganztagsbildung gestärkt werden kann.



POLITISCHE BILDUNG IN BERUFSSCHULEN

Im Schuljahr 2018 / 2019 besuchten nach der Erhebung des Statistischen Bundesamtes 2.449.533 junge Menschen eine berufliche Schule. Etwa 1.414.080 davon sind einer dualen Ausbildung zuzurechnen, die anderen einem der heterogenen berufsvorbereitenden oder vollzeitschulischen Ausbildungsgänge. 930.309 Schüler*innen hingegen besuchten den Sekundarbereich II einer allgemeinbildenden Schule (vgl. Destatis 2019, S. 10). Berufliche Schulen weisen damit die größte Schüler*innenschaft aus, obwohl sie in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend unbekannt sind und eine geringe Wertschätzung erfahren (vgl. Blaß / Himmelrath 2006, S. 110). Als aktuelle Referenzliteratur für den Zustand politischer Bildung im Berufsbildungsbereich kann der 2014 von Anja Besand vorgelegte Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen herangezogen werden: Als problematisch werden der Status in den Lehrplänen, die Prüfungsvorgaben, der Stellenwert im System und die fehlenden Qualifikationen des Personals angeführt (S. 193 f.). Als Chancen werden jedoch unter anderem die konkreten Bezüge zur Arbeits- und Lebenswelt (S. 110 f.) und das grundsätzliche Interesse der Schüler*innen

*Berufliche Schulen weisen die größte Schüler*innenschaft aus*

herausgestellt: „Nicht nur durch den neuen Status als Auszubildende, sondern auch durch die (bevorstehende) Volljährigkeit und die damit verbundenen Lebenserfahrungen sind ihnen politische Fragestellungen deutlich näher und sie zeigen sich an Themenfeldern interessiert, die sie in der allgemeinbildenden Schule nicht angesprochen hätten.“ (S. 113)

Sabine Achour und Susanne Wagner (2019) kommen in ihrer Untersuchung zur politischen Bildung an Schulen zu dem Schluss, dass Berufs- und Berufsfachschulen „aufgrund der diversen Schüler*innenschaft, der zahlreichen Abschlüsse, Ausbildungsgänge und Unterrichtsstrukturen von besonderer struktureller und sozialer Heterogenität geprägt“ (S. 4) sind. Gleichzeitig zeigt sich „die fehlende Professionalität in Bezug auf Heterogenität als gesellschaftliche Teilhabebarriere“ (S. 4). Sie formulieren einen „deutliche[n] bildungspolitischen Auftrag, Schulen, und zwar alle Schulen, in der Kompensation herkunftsbewingter Disparitäten in der (politischen) Bildung besser aufzustellen“ (S. 4). Im Sinne eines Gesamtkonzepts politischer Bildung leiten sie überdies einen Auftrag an die außerschulischen Bildungsträger ab.

Bezüge zur Lebenswelt aus dem beruflichen Kontext
Für lebensweltorientierte Kooperationsprojekte mit

ausbildungsbegleitender Relevanz gibt es zentrale Anknüpfungspunkte, mit denen die politische Bildung für Berufsschüler*innen gestärkt werden kann. Bettina Zurstrassen (2019, S. 2) beschreibt treffend, dass „[n]ahezu alle gesellschaftlichen Schlüsselprobleme wie z. B. Rassismus, soziale Ungleichheit, Klimaschutz, politische Gewalt und Konflikte [...] sich auch in der Arbeitswelt [spiegeln]. Gesellschaftliche Probleme und Konflikte werden in der Arbeitswelt produziert, aber auch in die Arbeitswelt hineingetragen und dort wirksam.“ Gleichzeitig, so lässt sich mit Besand (2014, S. 110) ergänzen, verdienen Berufsschüler*innen Geld, zahlen Steuern, schließen Versicherungsverträge ab, ziehen in eigene Wohnungen, gründen Familien und denken über Absicherung im Alter nach. „Das alles hat für sie auf den ersten Blick oft nicht oder nicht viel mit Politik zu tun. Auf den zweiten Blick ergeben sich die Bezüge aber sehr wohl.“ (S. 110)



Kooperationserfahrungen und Potentiale

Die Erfahrungen der Träger der politischen Jugendbildung in der GEMINI zeigen, dass berufliche Schulen durch die Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben kooperationsfähig sind. Es lässt sich eine hohe Motivation feststellen, Themen mit außerschulischen Partner*innen zu bearbeiten, die Bezüge zur Ausbildung haben, jedoch nicht ausbildungsrelevant sind oder dort nur wenig Raum finden; darunter fallen beispielsweise Ein- und Ausschlüsse im Beruf, Arbeitsbedingungen und Mitgestaltung, Geschichte des Berufs / Berufsethik oder Macht-, Privilegien- und Gender-sensible bzw. diskriminierungsarme Perspektiven für pädagogische und serviceorientierte Berufe. Eine elementare Schwierigkeit liegt in der notwendigen Freistellung für außerschulische Angebote. Insbesondere duale Ausbildungsbereiche sind durch volle Berufsschultage betroffen. Vollzeitschulische

Ausbildungen, der berufsvorbereitende Bereich bzw. die sprachliche Arbeit mit Geflüchteten ab 16 Jahren haben hingegen größeren Gestaltungsspielraum und suchen verstärkt eigeninitiativ Kooperationen. Strukturelle Anknüpfungspunkte bieten beispielsweise Projektwochen, aber auch Bildungsurlaube und internationale Begegnungen offenbaren besonderes Potential.

Daneben stellen Partizipationsstrukturen einen konstitutiven Bereich der politischen Jugendbildung dar. Im Bereich der Berufsschulen sind diese weniger ausgeprägt als im Regelschulsystem: „Schüler*innen von

Im Projekt werden Workshops für die Stärkung der Mitbestimmung erprobt, die in Zukunft flächendeckend implementiert werden könnten

Berufsschulen und Berufsfachschulen nehmen nur teilweise eine demokratische Schulkultur wahr, so z. B. bei der Frage, ob Schule ein Ort sei, an dem Fairness und Toleranz gelernt werde“ (Achour / Wagner 2019, S. 3). Berufsschüler*innen eines Teach-the-Teachers-Workshops im von ARBEIT UND LEBEN durchgeführten Projekt „Jugend und Religion (JuRe). Politische Jugendbildung an Berufsschulen“ machten deutlich, dass in ihren Berufsschulen die Partizipation von Schüler*innen durch Klassensprecher*innen, Schüler*innenmitverantwortung und Schüler*innenrat nur unzureichend entwickelt sind. Sie signalisierten Defizite beim Interesse der Schulen an der Unterstützung der Mitgestaltungsstrukturen bis hin zu Verhinderungsstrategien. Dies wirkte sich auch auf die Motivation der Mitschüler*innen aus. Im Projekt werden deswegen Workshops für die Stärkung der Schüler*innenmitbestimmung erprobt, die in Zukunft flächendeckend implementiert werden könnten.

Auch in der internationalen Begegnungsarbeit bieten sich Kooperationen an, um das jeweilige gesellschaftliche und berufliche Umfeld sowie die Bedingungen von Ausbildung und Arbeit aus einer anderen Perspektive entdecken und in Bezug auf das Mitgestaltungspotenzial reflektieren zu können. Die gemachten Auslandserfahrungen wirken ebenso auf die Ausbilder*innen und profilbildend für die Schulen.



Literatur

Achour, Sabine; Wagner, Susanne (2019): „Wer hat, dem wird gegeben“. Untersuchung zur politischen Bildung an Schulen – Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse. Berlin.

Besand, Anja (2014): Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven. Bonn.

Anders, Y.; Daniel, H. D.; Hannover, B.; Köller, O.; Lenzen, D.; McElvany, N.; Roßbach, H.-G.; Seidel, T.; Tippelt, R.; Wößmann, L. (2020): Bildung zu demokratischer Kompetenz. Gutachten Aktionsrat Bildung. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.) Online verfügbar: https://vbw-aktionsrat-bildung.de/download/ARB_Gutachten-Web.pdf

Blaß, Katharina; Himmelrath, Armin (2016): Berufsschulen auf dem Abstellgleis. Was wird aus unserem Ausbildungssystem? Bonn.

Destatis = Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019): Bildung und Kultur. Berufliche Schulen, Fachserie 11, Reihe 2, 2018 / 19, Online verfügbar: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/_inhalt.html

Zurstrassen, Bettina (2019): Auch das Berufliche ist politisch: Zum Zusammenhang von politischer Sozialisation und beruflichem Lernen. Online verfügbar: <https://www.bpb.de/lernen/projekte/299683/auch-das-berufliche-ist-politisch->

PRAXISERFAHRUNGEN MIT DEM KOOPERATIONSDREIECK SCHULE – POLITISCHE BILDUNG – JUGENDSOZIALARBEIT IM PROGRAMM „JMD RESPEKT COACHES“

Die bundesweiten Träger der politischen Jugendbildung in der GEMINI sind Partner*innen des Präventionsprogramms „JMD Respekt Coaches“, das im schulischen und außerschulischen Kontext umgesetzt wird. Ausgrenzung, Diskriminierung, Mobbing und Rassismus – an vielen Schulen in Deutschland sind dies große Probleme. Die Respekt Coaches stärken die Persönlichkeit und die sozialen Kompetenzen junger Menschen. Sie tragen mit ihrem Angebot dazu bei, indem sie mit den Schulen bedarfsorientierte Präventionskonzepte erarbeiten, die Schüler*innen auf individueller Ebene durch Kompetenzvermittlung oder Empowermentprojekte unterstützen oder auf Schul- und Klassenebene an einem offenen Schulklima oder einer toleranten und diskriminierungsfreien Schulkultur arbeiten. Das Bundesprogramm „Respekt Coaches“ fördert präventive Angebote an bundesweit rund 190 Standorten. Die primärpräventive Ausrichtung des Modellprogramms lässt verschiedene Handlungsansätze zu, welche die konkreten Angebote auf die Bedarfslagen vor Ort abstimmen und gemeinsam mit den Schulen festzulegen sind. Die Respekt Coaches sind über die Jugendmigrationsdienste an das Arbeitsfeld der Jugendsozialarbeit angebunden.



Präventive Angebote an bundesweit rund 190 Standorten

Zusammenarbeit im Kooperationsdreieck Schule – Jugendsozialarbeit – Politische Bildung

Eine eigene Säule im Programm bilden die Bildungsangebote von Trägern der politischen Jugendbildung in der GEMINI, die in Kooperation mit den Respekt Coaches an Schulen umgesetzt werden. Thematisch stehen hier vor allem Bildungsangebote zu Mobbing, Persönlichkeitsstärkung, Respekt und Toleranz, Religion und Identität oder auch die Reflexion von Geschlechterrollen im Vordergrund. Zentrales Ziel der Angebote der politischen Bildung im Programm ist es, die Selbstpositionierung und Resilienz von Jugendlichen zu stärken und demokratische Aushandlungsprozesse zu üben. Die beteiligten Teilprojekte der GEMINI verfolgen in diesem Sinne einen primärpräventiven und ressourcenorientierten Ansatz und richten sich an alle Jugendlichen, unabhängig von Religion und Herkunft. Sie wollen insbesondere diejenigen stärken, die extreme Ansprachen erkennen und sich aktiv dagegen zur Wehr setzen wollen. In diesem fachlichen Selbstverständnis folgen die Träger der politischen Jugendbildung einem Präventionsbegriff, der in der Arbeit mit jungen Menschen an den Stärken und dem demokratischen Gestaltungswillen der Jugendlichen

ansetzt. Darüber hinaus werden Multiplikator*innen der Kinder- und Jugendhilfe und der politischen Jugendbildung in den Teilprojekten der GEMINI die notwendigen Kenntnisse und Kompetenzen für mehr Sicherheit im Umgang mit extremen Meinungsäußerungen und problematischen Einstellungen unter Jugendlichen vermittelt.

Die Praktiker*innen der politischen Jugendbildung konzipieren Gruppenangebote der politischen Bildung und setzen diese in Kooperation mit den Respekt Coaches an Schulen und an außerschulischen Lernorten um. Die politische Jugendbildung bringt ihre Ansätze und Methoden in den Programmkontext ein und entwickelt in Zusammenarbeit mit den Respekt Coaches Materialien der politischen Bildung nach den Bedarfen und Interessen der Schüler*innen. Mit dem Respekt-Coaches-Programm ergibt sich ein neues Kooperationsdreieck, bestehend aus Schule, politischer Bildung und Jugendsozialarbeit. Dieses Kooperationsdreieck schafft zahlreiche neue Räume und Möglichkeiten für eine Demokratiebildung und eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Schule, außerschulischer Jugendbildung und Jugendsozialarbeit, die in multiprofessionellen Teams umgesetzt und damit gestärkt werden.

Zu diesem Zweck wurden auf regionaler Ebene und bundesweiter Ebene Vernetzungsformate in den Bundesländern geschaffen, um die Kooperation zwischen den Respekt Coaches und den Fachkräften der politischen Bildung voranzutreiben. Zahlreiche Kreativwerkstätten, Fachtage und Fortbildungsangebote sind in der Folge rund um das Thema Radikalisierungsprävention entstanden. Die Vernetzung ermöglicht eine professionsübergreifende Bedarfsermittlung und eine Koordination der beteiligten Fachprofessionen, Lehrkräfte, Fachkräfte der Jugendsozialarbeit und der politischen Bildung. Die Vernetzung der Respekt Coaches mit ihrer Verortung im Feld der Jugendsozialarbeit und die auf politische Jugendbildung spezialisierten Fachstellen der GEMINI etablierte damit nicht nur ein professionsübergreifendes Netzwerk für Demokratiebildung, sondern ermöglichte eine Bündelung der jeweiligen Stärken der beteiligten Arbeitsfelder der sozialen Arbeit und der politischen Bildung.

Stärken der Professionen der Jugendsozialarbeit und der politischen Bildung

Die Jugendsozialarbeit verfügt über die Möglichkeit und Zugänge des prozess- und beziehungsorientierten Arbeitens, die auch für die politische Bildung von großer Bedeutung sind. Die Respekt Coaches sind örtlich an den Schulen eingebunden, sie erarbeiten gemeinsam mit den Schulen Präventionskonzepte und gewährleisten eine bedarfsorientierte Einbindung der Gruppenangebote politischer Bildung, die wiederum von den Trägern der politischen Jugendbildung in der GEMINI konzipiert, umgesetzt und fachlich begleitet werden. Die politischen Bildner*innen hingegen bringen die fachlichen Konzepte, Ansätze und Methoden der außerschulischen politischen Bildung in das Kooperationsdreieck mit ein. Die außerschulische politische Jugendbildung beschäftigt sich mit neuen und passgenauen aufsuchenden Formen der politischen Bildung, um Jugendliche unterschiedlicher Milieus noch besser zu erreichen. Sie entwickeln pädagogische Methoden oder Formate zur lebensweltorientierten Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, politischen und religiös-weltanschaulichen Fragen. Sie unterstützen dabei, die gesellschaftspolitische Relevanz der Anliegen der Schüler*innen aufzudecken und in demokratische Aushandlungsprozesse einzubringen. Eine erste Evaluation des Programms „Respekt Coaches“ hat gezeigt, dass insbesondere die Einbindung der Träger der politischen Bildung nach der mit Hilfe der Respekt Coaches erfolgten schulspezifischen Bedarfserhebung von den Kooperationsschulen als besonders positiv hervorgehoben wurde (ies / inbas 2020).

Prävention als Daueraufgabe braucht eine langfristige Zusammenarbeit im Kooperationsdreieck

Durch die nach zwei Jahren Projektlaufzeit nunmehr etablierte Zusammenarbeit im Kooperationsdreieck Schule – Jugendsozialarbeit – Politische Bildung erweitert sich das Wissen um die Ziele, Gestaltungsprinzipien, Bildungsverständnisse und Arbeitsweisen der beteiligten Fachprofessionen, was eine wichtige Voraussetzung für eine passgenaue und wirksame Kooperation darstellt. Die Vernetzungsforen zwischen Lehrkräften und Fachkräften der Jugendsozialarbeit und der politischen Bildung sind nach zwei Jahren Laufzeit des Bundesprogramms „Respekt Coaches“ etabliert und die Erfolge der Zusammenarbeit an den beteiligten Projektstandorten zeigen sich deutlich. Bisher ist das Programm auf jeweils ein Jahr befristet und nicht auf Dauer gestellt. Damit arbeiten viele der im Projekt beteiligten Fachkräfte unter prekären Bedingungen, die eine nachhaltige Verankerung der Projekte erschweren. Zugleich wird die jeweils einjährige Befristung der dauerhaften Aufgabe einer multiprofessionellen Präventionsarbeit an Schulen nicht gerecht. Die Evaluation der ersten beiden Projektjahre belegt, dass auch aus Sicht der Schulen gerade längerfristig angelegte Angebote notwendig sind, wenn an den Schulen nachhaltige Veränderungen angestoßen werden sollen (ies / inbas 2020). Erst die langfristige Stärkung des Kooperationsdreiecks ermöglicht demnach eine dauerhafte Verzahnung der Bedarfe der Schulen vor Ort mit den Angeboten und pädagogischen Konzepten der Jugendsozialarbeit und der politischen Bildung. Soll die Zusammenarbeit im Kooperationsdreieck beibehalten und weiter gestärkt werden, muss das Bundesprogramm künftig in eine dauerhafte Struktur, wie beispielsweise den Kinder- und Jugendplan des Bundes, überführt und von der jeweils einjährigen Befristung befreit werden.

*Die politischen Bildner*innen bringen die fachlichen Konzepte, Ansätze und Methoden der politischen Bildung in das Kooperationsdreieck mit ein*

Literatur

ies = Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH; inbas = Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH (2020): Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms Respekt Coaches – Ausgewählte Ergebnisse.

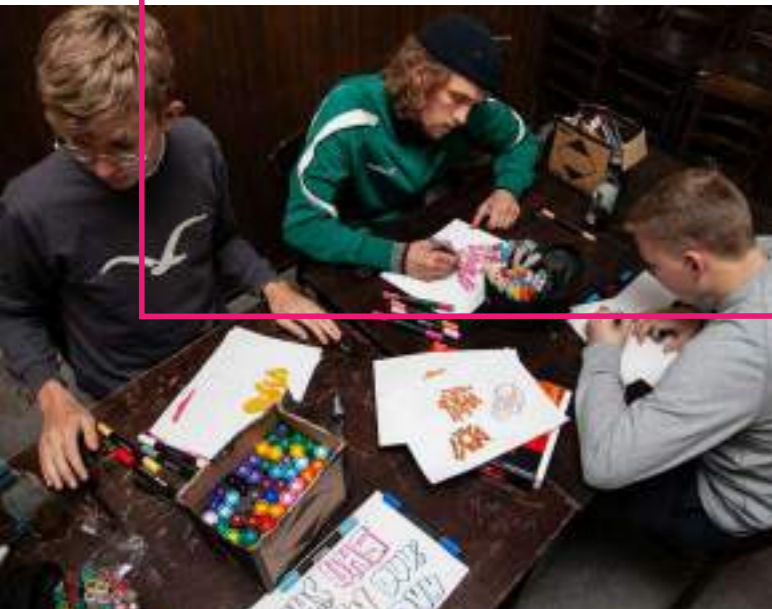
Online verfügbar: <https://www.jugend-staerken.de/blob/jump/153016/wissenschaftliche-begleitung-des-bundesprogramms-respekt-coaches—ausgewahlte-ergebnisse-data.pdf>

BEISPIELE AUS DEM PROGRAMM „RESPEKT COACHES“ IM KOOPERATIONSDREIECK SCHULE – JUGENDSOZIALARBEIT – POLITISCHE BILDUNG

PRAXISBEISPIEL DEUTSCHER VOLKSHOCHSCHULVERBAND E.V. PLANSPIEL „ZUSAMMENLEBEN.ZUSAMMENHALTEN“

Die „Gesellschaft im Kleinen“ betrachten und dabei lernen, trotz unterschiedlicher Bedürfnisse und Interessen zu einem Konsens zu gelangen – das ist Inhalt des Planspiels „zusammenleben.zusammenhalten.“ Junge Teilnehmende schlüpfen in die Rollen unterschiedlicher Gruppen, die zunächst um die Nutzung eines alten Gebäudes im Zentrum ihrer Stadt konkurrieren. In einer späteren Spielphase müssen sie sich auf die gemeinsame Nutzung des Hauses einigen. Anhand dieser fiktiven Situation werden Aushandlungsprozesse durchgespielt und Regeln für das gemeinsame Zusammenleben entwickelt. Die Methode stieß bei einem Kursleitenden und einem Respekt Coach aus dem Raum Regensburg während einer Fortbildungsveranstaltung des Projekts „Prävention und Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ des Deutschen Volkshochschul-Verband e. V. auf großes Interesse. Gemeinsam bereiteten sie das Planspiel für eine im Rahmen eines Gruppenangebots mit Schüler*innen einer Berufsintegrationsklasse am Beruflichen Schulzentrum Regensburger Land vor und setzen dieses erfolgreich um.

Ihr Fazit: Das Planspiel kommt bei jungen Erwachsenen sehr gut an, da es einen klaren Bezug zu ihrer Lebenswelt besitzt und sie eigene Ressourcen selbstverantwortlich einbringen können. Die Gruppenphasen waren arbeitsintensiv und fokussiert. Für den VHS-Mitarbeitenden und den Respekt Coach war die Durchführung des Planspiels eine sehr interessante Erfahrung. „Wir waren positiv überrascht über die aktive Teilnahme der Schüler*innen und über die wertschätzende und offene Atmosphäre in dieser Klasse. Wir hatten grundsätzlich das Gefühl, dass die Schüler*innen das Planspiel als eine Bereicherung empfunden haben. Für sie wurde der Schulalltag unterbrochen und sie konnten Probleme, mit denen sie in ihrem Alltag unmittelbar konfrontiert sind (missgünstige Nachbarschaft, Konflikte mit Mitbewohnern etc.), ansprechen. Dieser Bezug zur Lebenswelt fördert die Bereitschaft der jungen Menschen, sich einzubringen. Außerdem hat das ‚Spielerische‘ offensichtlich Spaß gemacht.“ Weitere Informationen zur Kooperation finden Sie im Podcast „RADIKAL querdurchdacht“.



PRAXISBEISPIEL ARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCH-SOZIALER BILDUNGSWERKE – GENDER, RAP UND GRAFFITI – ZIELGRUPPENORIENTIERTE PRÄVENTIONSARBEIT IM PROGRAMM RESPEKT COACHES

Der Jugendmigrationsdienst der Caritas in Nürnberg und Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg kooperieren mit zwei Mittelschulen in Nürnberg. Ihre Zielgruppe: die Schülerinnen und Schüler der 7. Jahrgangsstufe. Für den Projekterfolg sind zwei Voraussetzungen wichtig: Beziehung und Vertrauen, die durch regelmäßige Präsenz alle zwei Wochen in den jeweiligen Schulen entstehen. Doch pädagogisch unterscheidet sich das Angebot sehr deutlich vom Schulunterricht. Viele der Teilnehmenden sind mit schulischen Defiziterfahrungen konfrontiert. Deshalb setzen die Projektverantwortlichen bewusst auf ein niederschwelliges Kontrastprogramm, um Selbstwirksamkeit zu stärken. „Viele Jugendliche haben oft ein Gefühl der Ohnmacht, wenn es um politische Themen geht, und denken, dass das meiste eh nichts mit ihnen persönlich zu tun hat. Es geht darum aufzuzeigen, wie man sich zum Beispiel in politische Debatten einmischen kann, und darum, die Argumentations- und Konfliktfähigkeit zu stärken, damit die eigene Meinung Gehör findet“, so eine der Projektleiterinnen. Dafür hat sich ein genderbewusster Ansatz bewährt. Unter den Mädchen hat sich eine feste Gruppe der „Rebel sisters“ gebildet, die sich unter anderem mit Graffiti beschäftigt, eine Kunstform, die oft nur mit Jungen in Verbindung gebracht wird. Positive Erfahrungen gibt es auch mit Rap durch die Zusammenarbeit mit dem Braunschweiger Projekt „Rapflection“ und daraus resultierenden Auftritten bei Schul- und Stadtteilstellen. Eine besondere Herausforderung für die Verantwortlichen im Projekt ist die Vermeidung von vorschnellen religionsbedingten Zuschreibungen. Den Rah-

men zu diesem Projekt bildet das nationale Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus. Religion ist aber für die Projektverantwortlichen ein Merkmal der Identitätsfindung unter anderen: „Bei Jugendlichen soll auf keinen Fall der Eindruck entstehen: Die sind jetzt wegen uns da, weil wir Muslim*innen sind. Uns ist ganz wichtig: Wir sind für alle Jugendlichen da und wir machen die Jugendlichen generell stark gegen menschenverachtende Ideologien. Dementsprechend haben wir die Themen und Inhalte ausgewählt.“



TRÄGER DER POLITISCHEN JUGENDBILDUNG IN DER GEMINI

ARBEITSKREIS DEUTSCHER BILDUNGSSTÄTTEN E.V. (ADB)

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) ist ein Fachverband der non-formalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Gemeinsam mit seinen bundesweit über einhundert Mitgliedseinrichtungen tritt der AdB für eine vielfältige und weltoffene Gesellschaft ein und will mit seinen Angeboten einen Beitrag zur Weiterentwicklung einer demokratischen, solidarischen, respektvollen und friedlichen Gesellschaft in nationaler, europäischer und internationaler Perspektive leisten.

Zu den Mitgliedern des AdB zählen Träger mit und ohne Übernachtungsmöglichkeit, wie beispielsweise Bildungswerke, Bildungsstätten, Akademien, Heimvolkshochschulen, Europahäuser, internationale Begegnungsstätten und politische Stiftungen. Sie repräsentieren ein breites Spektrum unterschiedlicher Angebots- und Organisationsformen, Inhalte und methodischer Ansätze sowie unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Positionen. Der AdB ist konfessionell und parteipolitisch nicht gebunden. Er bietet seinen Mitgliedseinrichtungen ein Forum für fachlichen Erfahrungsaustausch, für Fortbildung und gemeinsame bildungspolitische Interessenvertretung.

Weitere Informationen:
www.adb.de



ARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCH-SOZIALER BILDUNGSWERKE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (AKSB)

Die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB e.V.) ist die bundesweit tätige katholische Fachorganisation politischer Erwachsenen- und Jugendbildung. Als Dachorganisation katholischer Bildungseinrichtungen leistet sie einen Beitrag zur Festigung der Demokratie und zur Vermittlung christlicher Gesellschaftsethik. Sie repräsentiert rund 60 katholische Akademien, Bildungseinrichtungen, Vereine und Verbände.

Weitere Informationen:
www.aksb.de



ARBEITSGEMEINSCHAFT DER OST-WEST-INSTITUTE E.V. (AG OWI)

Die Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (AG OWI) ist ein Zusammenschluss von Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, die sich in besonderem Maße dem Zusammenwachsen von West- und Osteuropa zu einem demokratischen, friedlichen, pluralistischen, solidarischen und zukunftsfähigen Gesamteuropa verpflichtet fühlen. Mit dezentralen Angeboten der politischen Bildung fördern die Ost-West-Institute das Verständnis junger Menschen für die Demokratie und insbesondere für die europäische Politik, Wirtschaft, Geschichte und Geographie und tragen so zur Stärkung und Weiterentwicklung des gesamteuropäischen Gedankens bei. Die Seminarangebote der außerschulischen politischen Jugendbildung zielen auf die Förderung politischer Meinungs- und Urteilsbildung sowie demokratischer Handlungsfähigkeit. Die AG OWI dient dem Fach- und Erfahrungsaustausch ihrer Mitglieder und der gemeinsamen Weiterentwicklung und Förderung von Angeboten politischer Jugendbildung.

Weitere Informationen:
www.ost-west-institute.de



BUNDESARBEITSKREIS ARBEIT UND LEBEN (BAK AL)

ARBEIT UND LEBEN ist eine Fachorganisation der politischen und sozialen Jugend- und Erwachsenenbildung. Träger sind der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Volkshochschulverband (DVV).

Mit Landesorganisationen in den Bundesländern und ca. 130 lokalen und regionalen Einrichtungen sowie dem Bundesarbeitskreis als gemeinsamem Dach ist ARBEIT UND LEBEN bundesweit präsent. Das Bildungsprogramm erreicht jährlich ca. 300.000 Jugendliche und Erwachsene.

Weitere Informationen:
www.arbeitundleben.de



DER DEUTSCHE VOLKSHOCHSCHUL-VERBAND E.V. (DVV)

Der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) fördert die Weiterbildung und die Bildungsarbeit der Volkshochschulen und vertritt die Interessen seiner Mitglieder und der Volkshochschulen auf der Bundes-, der europäischen und der internationalen Ebene. Der DVV fördert die Zusammenarbeit und den fachlichen Austausch der Mitglieder, entwickelt Grundsätze und Leitlinien, er fördert die Qualität der erwachsenenpädagogischen Arbeit und der internationalen Zusammenarbeit. Er macht sich für die Weiterbildung stark. Hinter ihm stehen ca. 900 Volkshochschulen in Deutschland.

Weitere Informationen:
www.volkshochschule.de



EVANGELISCHE TRÄGERGRUPPE FÜR GESELLSCHAFTSPOLITISCHE JUGENDBILDUNG (ET)

Die Evangelische Trägergruppe ist ein bundesweites Fachnetzwerk der politischen Jugendbildung. Es koordiniert die politische Jugendbildung von zwei Verbänden – der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) und der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. (EAD). Die Evangelische Trägergruppe fördert die Entwicklung, Durchführung und Evaluation innovativer Projekte und versteht sich als Ort einer lebendigen, diskursiven Auseinandersetzung um zukunftsfähige Konzepte politischer Jugendbildung.

An evangelischen Akademien und an Einrichtungen im Bereich der aej sind bundesweit Netzwerkstellen tätig. Sie bieten Bildungsveranstaltungen an, entwickeln und realisieren gemeinsame Projekte, initiieren und begleiten Aktionen und Kampagnen. Zielgruppen der vielfältigen Aktivitäten politischer Jugendbildung sind Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus, Multiplikator*innen aus dem Bereich der Jugend- und Gesellschaftspolitik, aus Initiativgruppen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und aus der evangelischen Jugendarbeit.

Weitere Informationen:
www.politische-jugendbildung-et.de



VERBAND DER BILDUNGSZENTREN IM LÄNDLICHEN RAUM E.V. (VBLR)

Der Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum vertritt die Interessen und die Bildungsarbeit von 44 Heimvolkshochschulen in ganz Deutschland. Er setzt sich für die Entwicklung und Stärkung des ländlichen Raums durch Bildungsangebote ein, die auf die Besonderheiten der jeweiligen Region abgestimmt sind. Das Ziel der Heimvolkshochschulen ist es, Persönlichkeiten zu stärken und Gemeinwohl zu fördern.

Weitere Informationen:
www.lernen-im-gruenen.de



IMPRESSUM

Redaktion

Sebastian Bock, Konstantin Dittrich, Johanna Kranz, Hanna Lorenzen, Beate Rosenzweig, Karl Weber.

Herausgeber

Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) im Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.
Barbara Menke (bap-Vorsitzende)
Robertstr. 5a
42107 Wuppertal

Lektorat

Luisa Liebtrau, Anke Ziemer

Layout

www.simpelplus.de

V.i.S.d.P.

Karl Weber (Sprecher der GEMINI)

Förderhinweis

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Herausgeber die Verantwortung.

Bildnachweis

folgt, xxxxx



Gefördert vom:

